Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

22 (18.2.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

22. Sitzung.

Donnerstag, den 18. Februar 1926, nachmittags 1/2 4 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

I. Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 21. Sitzung

und in Verbindung mit Ziffer 10 derselben

Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Hartmann u. Gen., Erhebungen über die Notlage der Tabakarbeiter (Drucks. Nr. 7).

II. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Föhr u. Gen. Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkskammer in Konstanz (Drucks. Nr. 88 u. 88a).

Berichterstatter Abg. Großhans.

Am Regierungstisch Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts Remmele, Ministerialdirektor Dr. Schmitt, Ministerialrat Dr. Scheffelmeier, die Oberregierungsräte Frau Dr. Baum und Seeger, Oberforstrat Zirscher.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 1045/46.

Präsident Dr. Baumgartner
eröffnet die Sitzung gegen 3¾ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. Verhinderungsanzeigen:

sind eingegangen seitens des Abg. Martin und der Abg. Frau Rigel wegen Krankheit und wegen geschäftlicher Verhinderung seitens der Abg. Gebhard und Weißhaupt.

II. Aus der Mitte des Hauses:

Kurze Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe, Behringer, Richter, Dr. Schmitthenner, Klaiber, Habermehl, Beteiligung von Schülern höherer Lehranstalten an Vereinen betr.

Durch die Presse geht unwidersprochen die Nachrichte, daß vor einiger Zeit durch eine behördliche Verfügung — es sei dahingestellt, ob nur in einem einzelnen Fall oder mit allgemeiner Geltung — Schülern die Zugehörigkeit zum jungdeutschen Orden mit der Begründung verboten worden sei, daß dieser eine politische Organisation darstelle, während dagegen kürzlich der Beitritt zum Reichsbanner gestattet worden sei, da dieses als eine nationale und überparteiliche Organisation zu gelten habe. Da wir keinen Grund haben, an der Richtigkeit dieser Nachrichte zu zweifeln, so fragen wir an, wie man es begründen will,

1. daß zwar der jungdeutsche Orden als eine politische, das Reichsbanner aber als eine überparteiliche Organisation bezeichnet wird, wo doch Tatsachen und Äußerungen genug vorliegen, aus denen das Gegenteil zu schließen ist,
2. daß man dem Reichsbanner das Prädikat national zubilligt, während man es dem Jungdeutschen Orden (u. a. ähnlichen Organisationen) vorzuenthalten oder abzusprechen geneigt sei.

Die Kurze Anfrage wird dem zuständigen Ministerium zugestellt werden.

Anträge:

1. der Abg. Bock, Lechleiter, Ritter:

Der Landtag verurteilt, insbesondere bei der großen Notlage weiter Volkskreise, aufs schärfste die Entschädigungs- und Aufwertungsforderungen der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser und spricht sich für die entschädigungslose Enteignung aus.

Der Landtag fordert die Regierung auf, in Baden alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Listenauslegung für das gestellte Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung in allen Orten raschestens durchgeführt wird und die Auslegungsstunden so gewählt werden, daß die Einzeichnung allen Volkskreisen ohne Verlust von Arbeitszeit ermöglicht wird.

Bibl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Antrag wird gedruckt (Drucks. Nr. 98) und dem Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung überwiesen. Das Haus stimmt zu.

2. der Abg. Bock, Lechleiter, Ritter:

Die Unterzeichneten beantragen:

In dem Antrag der Abg. Kühn und Gen., Bewilligung von Erstkommunion- und Konfirmationsbeihilfen an Kriegerwaisen und an Kinder von Kriegsbeschädigten und von Sozialrentnern (Drucks. Nr. 57), ist an die Stelle von „anläßlich der Erstkommunion bezw. Konfirmation" zu setzen:

„sowohl allgemein während der Schulpflichtzeit und insbesondere bei der Schulentlassung"

Der Antrag wird gedruckt (Drucks. Nr. 57b) und mit zur Beratung gestellt.

Hierauf wird in der

Tagesordnung

der 21. Sitzung fortgefahren.

Zu Ziffer 4 der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Beratung über die Anträge der Abg. Scheel und Gen., Beschaffung langfristiger Kredite für Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft (Drucks. Nr. 64 und 71 bezw. 64a und 71 a)

erhalten in der Beratung das Wort

Abg. **Klaiber** (Bürgerl. Ver.):

Es ist heute morgen in so ausgiebiger Weise über unsere Kreditverhältnisse gesprochen worden, daß es sich fast erübrigen würde, noch mehr darüber zu sagen. Sowohl von Seite der Industrie, wie auch der Landwirtschaft ist alles beleuchtet worden und ich werde nur ganz wenig dazu noch ausführen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon einmal hier gesagt habe vor einigen Wochen, daß die Landwirtschaft an den bisherigen Verhältnissen sehr schlechte Erfahrung gemacht hat und daß die Landwirtschaft heute weiß, was es heißt, quer zu schreiben, sie hat es früher nicht gewußt, aber wenn die Landwirtschaft mit Wechseln arbeiten muß und mit den Zinssätzen, die wir heute bezahlen müssen, so kann man ruhig sagen, sie führen zum Ruin, denn sie sind untragbar.

Der ursprüngliche Antrag, der von dem Herrn Kollegen Scheel gestellt worden ist, der Antrag 71, hatte für mich einen gewissen Reiz. Ich muß schon sagen, ich freute mich, als ich den Antrag gelesen habe, und dachte, durch die Beratungen wird es möglich sein, ein derartiges Institut, ein Bodenkreditinstitut zu schaffen, aber die Ausführungen im Haushaltsausschuß haben gezeigt, daß der Moment für die Einrichtung dieses Institutes nicht günstig und die Errichtung ein Ding der Unmöglichkeit sei, denn wir mögen diesem Institut einen Namen geben, wie wir wollen, Geld kann es keines schaffen und wir müssen deshalb davon absehen. Ich möchte aber den Gedanken der Errichtung eines derartigen Institutes nicht aufgeben und möchte wünschen, daß einmal zur Verwirklichung eines derartigen Institutes geschritten werden kann. Ich denke mir aber die Sache nicht so, daß diese Bank den Weg durch die Regierung oder durch die Banken macht, sondern, daß sie aus der Landwirtschaft selbst herauswächst. Das wird dann das sein, was die Landwirtschaft wirklich gebrauchen und verwerten kann.

Die bisherigen Kredite, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind, sind erwähnt und kritisiert worden und ich kann sagen, daß die einzige wirkliche Hilfe die war, die den Winzern zuteil wurde durch das Drittel der Weinsteuer, da trafen auf Baden 5 Millionen, die zu einem Zinssatz von 8% ausgegeben wurden. Sie haben nur den großen Fehler, daß sie schon in diesem Jahre Ende 1926 wieder zurückbezahlt werden müssen und es ist nur zu wünschen, daß die Winzer ein gutes Jahr bekommen und für ihr Produkt so viel erhalten, daß sie wirklich in die Lage versetzt werden, diese Kredite zurückzubezahlen. Aber ich befürchte, daß es auch mit diesen Krediten gehen wird, wie mit allen bisherigen, daß man an die Stundung auch dort wieder denken muß.

Es ist dann gesagt worden, daß von der Amerikaanleihe von 100 Millionen, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden sei, ein Teil, der auf Baden fiel, nicht ganz angefordert wurde. Es ist begreiflich, denn die Bedingungen waren derart, daß jeder rechnende Landwirt sich sagen mußte, ich kann diese Lasten nicht auf mich nehmen, ich kann unter den Bedingungen, die da gestellt sind, diese Schuld nicht auf mich nehmen und sie ist für mich nicht tragbar.

Nun ist in den letzten Tagen und Wochen in der Presse sowohl von Seite der Regierung als von den in Frage kommenden Instituten bekannt geworden, daß ein weiterer Kredit der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll von, wenn ich nicht irre, 200 Millionen. Ein Kredit von der Golddiskontbank, durch die Rentenbank zu viel günstigeren Bedingungen. Heute morgen ist ausgeführt worden von dem Herrn Kollegen Scheel, wenn ich nicht irre zu 99¼ (Zuruf: 90½!) 99½, das wäre sehr günstig! Auch der Zinssatz zu 7½% ist als günstig zu bezeichnen und wie wir gestern gehört haben, soll dieser Kredit nun einmal vorerst auf 100 Millionen beschränkt werden und dazu dienen, die Wechselverpflichtungen in der Landwirtschaft abzulösen, also diejenigen, die schon Verpflichtungen haben; Wechsel können an diesem Kredit nicht mehr partizipieren. Wenn dieser Betrag von 200 Millionen richtig ist, bedauere ich nur das eine, daß von Seite der Stelle in Berlin eine Kontingentierung rundweg abgelehnt wurde. Wir wissen nicht, was auf Baden entfällt und es ist immer so gewesen, daß derjenige, der an der Quelle sitzt, den Vorteil hat und ich befürchte nur, daß von dieser in Aussicht gestellten Summe wir in Baden sehr wenig bekommen werden und es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn wir noch einmal die Regierung ersuchen würden, doch die Kontingentierung zu erreichen, damit wir wissen, mit welchem Betrag hier in Baden wirklich gerechnet werden kann, und dementsprechend die Verteilung vorgenommen wird. Die Vorteile dieser Anleihe sind niedriger Zinsfuß, auf 5 Jahre fest, d. h. in den letzten 3 Jahren sollen Terminzahlungen geleistet werden, also derjenige, der von dieser Anleihe partizipiert und Schulden hat, wird statt 18% nur 8 oder 8½ bezahlen müssen. Das sind Vorteile, die jeder Landwirt auch versuchen wird zu erhalten, wenn die Beträge zur Verfügung gestellt werden. Ich, von meinem Standpunkt aus — Herr Kollege Scheel hat das auch erwähnt heute morgen und bedauert, daß ich im Haushaltsausschuß gesagt hätte, eher zur Extensivierung der Landwirtschaft schreiten, als Schulden machen — ich kann meinen Standpunkt nicht ändern, ich muß sagen in der heutigen Zeit, wo wir gar nicht wissen, welche Preise wir für unsere Produkte bekommen, ist es undenkbar, daß wir auf Anleihen Geld aufnehmen, um Kunstdünger zu kaufen, um unsere Wirtschaft intensiv zu gestalten, wir müßten eine Stabilisierung erhalten in unseren Preisen, wir müßten unsere Produktenpreise in Einklang bringen mit den Preisen der Industrieerzeugnisse (Zurufe des Abg. Scheel: die 8% Anleihe nehmen Sie doch!). Ja, aber nur derjenige, der durch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Wechselverpflichtungen gezwungen ist, sie aufzunehmen; derjenige, der Kapital aufnimmt, um das auszuführen, was Sie, Herr Kollege Scheel, gesagt haben: derjenige rechnet falsch. Denn wir können unmöglich für ordentliche Ausgaben Geld aufnehmen, das wir in fünf Jahren zurückbezahlen müssen. Es verhält sich in dieser Beziehung beim Landwirt genau so wie beim Staat; der Staat muß in der Lage sein, mit seinen ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben zu decken (Auf Zuruf des Abg. Scheel:). Es ist aber nicht auf fünf Jahre! und auf fünf Jahre können wir eben keine Schulden machen, die dann der ordentliche Etat decken muß.

(Zu Abg. Scheel gewendet:). Dann haben Sie auch von verschiedenen Wegen gesprochen, die begangen werden könnten, um der Landwirtschaft zu helfen. In dieser Beziehung kennen Sie ja die Meinungsverschiedenheit, die zwischen Ihnen und mir, überhaupt zwischen Ihnen und uns besteht. Es gibt einen Weg, auf dem wirklich der Landwirtschaft geholfen werden kann: Es ist der Weg, auf dem der Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse in Gestalt angemessener Preise soviel zugeführt wird, daß sie in die Lage versetzt wird, ihre ordentlichen Ausgaben zu decken; sie muß für ihre Produkte soviel bekommen, daß sie sich in der Lage befindet, ihren Verpflichtungen nachzukommen; es muß also, wie das schon oft ausgesprochen worden ist, ein Ausgleich geschaffen werden: ein Ausgleich zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und denjenigen Preisen der Industrie (Zuruf des Abg. Scheel).

Abg. **Sack** (Zentr.):

Es ist nicht das erstemal, daß wir im Laufe der letzten Jahre mit Kreditfragen der badischen Landwirtschaft uns befassen. Die Kreditfrage, die wir bereits seit heute vormittag debattieren, gehört zu den brennendsten, zu denjenigen Fragen, von deren glücklicher Lösung die Arbeitsfähigkeit, das Vorwärtskommen, die Existenz von Industrie und Landwirtschaft abhängen. Wollte man vor dieser Frage, eben wegen ihrer Schwierigkeiten, die Augen verschließen, so würde das nicht nur nicht helfen, es wäre geradezu unverzeihlich! Die Lage ist wie bei einem leck gewordenen Schiff auf offener See: höchst gefährlich, baldige Hilfe tut not. Die Notlage ist, wirtschaftlich und finanziell betrachtet, ungeheuerlich. Sehen wir doch hin auf Tausende von zusammenbrechenden Existenzen — ich denke dabei an wirklich solide Wirtschafter und Gewerbetreibende, nicht etwa an solche, die erst in den Zeiten der Inflation ihren Geschäftsbetrieb eröffnet haben —, Tausenden ist die Schlinge bereits um den Hals gelegt. So sieht es aus in Gewerbe und Handwerk — so steht es in der Landwirtschaft!

Diese Lage hat sich innerhalb der letzten Jahre langsam und mit zunehmender Bedrohlichkeit heraus gebildet. Dem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion suchte man durch Kreditgewährung zu steuern. Aus volkswirtschaftlichen Rücksichten und Notwendigkeiten gab man Kredite; der Staat sprang ein; die Genossenschaften, die Sparkassen vermittelten — man hoffte auf eine gute Ernte, aber die erhoffte gute Ernte blieb aus! Die Landwirtschaft vermochte nicht, den Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen. Man eröffnete weitere Kredite, in bester Absicht. Die Ernte fiel, im allgemeinen wohl gut aus, — aber nun fehlte sozusagen jede Absatzmöglichkeit — und damit abermals die Voraussetzung für die Rückzahlung der Kredite. So stehen wir nunmehr vor der Notwendigkeit, darüber zu debattieren, wie sich die Landwirtschaft zunächst einmal ihrer alten Schuldverpflichtungen entledigen könne und ob es notwendig ist, ihr neue Kreditmöglichkeiten zu eröffnen.

Heute verhält es sich in der Tat so, daß das flüssige Geld in der Landwirtschaft fehlt; ganze Betriebe hängen an einem dünnen Faden, ja, man kann ohne Übertreibung sagen: Ganze Dorfschaften hängen an zwei oder drei Fäden, die sehr leicht versagen können. Es wurde ausgeführt, daß sich die Schuldverpflichtungen der gesamten deutschen Landwirtschaft auf zwei Milliarden Reichsmark belaufen. Ein anderer Redner bezifferte sie sogar auf 4 Milliarden, und wir hörten, daß die für Baden in Betracht kommende Zahl schätzungsweise 40 Millionen Mark betrage. Diese Schätzung hat eine hohe Wahrscheinlichkeit für sich. Wenn ich mir die schwebende Schuldenlast von Ortschaften, die ich näher kenne, vergegenwärtige, wenn ich mir darüber hinaus die Außenstände vor Augen halte, die im Wirkungsbereich der Zentrale landw. Lagerhäuser Tauberbischofsheim, etwa im Gebiet des Taubergrundes und des anschließenden Baulandes, zu verzeichnen sind, so muß ich zugestehen, daß die Schätzung von 40 Millionen wohl richtig ist.

Soll der Landwirtschaft nunmehr durch weitere Kredite geholfen werden? An sich wäre das zunächst ein Mittel, ein Mittel, um die Lage zu übertäuschen, um über die Notlage hinwegzutäuschen. Ich bin daher vielmehr der Auffassung, daß sich die Landwirtschaft nach der Decke strecken muß (Abg. Klaiber: Ganz richtig!); möglichst ohne weitere Kredite durchzukommen suchen! Das bedeutet für die Landwirtschaft freilich, daß sie unter Umständen zu einer anderen Wirtschaftsweise übergehen muß; sie muß sich dazu entschließen im Hinblick auf ihre weitere Existenz (Zurufe links: Gegenzuruf von Abg. Klaiber: Jawohl! — Weitere Zurufe). Das ist eben keine vernünftige Wirtschaftspolitik mehr zu gesteigerter landwirtschaftlicher Produktion anzuregen, ja aufzupeitschen. Die Landwirte mit kurzfristigen, ungünstigen Krediten zu überbürden und so im Laufe der Jahre der Überschuldung zuzuführen! (Zurufe). Gewiß, den Schaden aus dieser faulen Produktionsweise hat letzten Endes die Allgemeinheit. Bei extensiver Wirtschaftsweise muß noch mehr als heute eingeführt werden, das ist richtig. Aber die Allgemeinheit, sie soll auch einmal ihr Gewissen erforschen, ob sie nicht auch dem Nährstand gegenüber gewisse, sehr beachtliche nationale und volkswirtschaftliche Rücksichten zu nehmen hat! Sind für den Nährstand die notwendigen Rentabilitäts-Existenzbedingungen nicht gegeben — haben wir anhaltend eine Zeitlage wie die heurige — eine Lage mit all diesen Absatzschwierigkeiten, mit diesem Hereinfluten der Auslandsprodukte und anderen beklagenswerten Erscheinungen mehr —, dann heißt es doch Unvernünftiges predigen, wollte man dem Landwirt sagen: „Fördere Du nur hübsch die Produktion, steigere sie im Hinblick auf die nationalen Notwendigkeiten auch durch Geldaufnahme bei nicht mehr herauszuwirtschaftenden Zinssätzen, selbst auf die Gefahr hin, daß Du dabei verschuldest und zugrunde gehst." So stehen heute die Dinge. Und unter diesen Gesichtspunkten ist die Frage: „Intensiv — extensiv"? zu entscheiden. Es steht so, daß jeder nach Maßgabe seiner finanziellen Möglichkeit, sich die Hilfsmittel zur Produktionssteigerung zu beschaffen, handeln muß. Bleibt die Lage weiterhin so miserabel, wie sie gegenwärtig ist, dann werden wir uns daran gewöhnen müssen, daß die Landwirtschaft anders wie bisher wirtschaftet. Auch der Landwirt muß rechnen; auch er muß sich, will er vernünftig wirtschaften, auf gewisse Gegebenheiten einstellen.

Weitere kurzfristige Kredite können da nicht wirksam vorbeugen. Wir müssen dazu übergehen, die bisherigen Kredite,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

soweit sie nicht zurückgezahlt werden können, auf eine langfristige, auf eine der Landwirtschaft angepaßte neue Grundlage zu bringen; darüber hinaus müssen wir vorerst noch gewisse Kreditmöglichkeiten ins Auge fassen; und soweit Kredite notwendig werden, müssen sie von vornherein auf langfristiger Grundlage eröffnet werden.

Nun wurde im Laufe des heutigen Tages wiederholt auf die Golddiskontbank hingewiesen; sie scheint mir aber eigentlich nur eine Krücke zu sein — und sogar eine recht bescheidene Krücke. — Ich glaube, daß man daher daran denken muß, noch andere Mittel und Wege zu finden. Gewiß, die Golddiskontbank bringt Erleichterungen: der Kredit ist zwar nicht langfristig in dem vorkriegszeitlichen Sinn; aber er ist immerhin doch von einer gewissen Langfristigkeit und er ist auch im Zinsfuß so gestaltet, daß die Landwirtschaft, trotzdem noch so manches zu wünschen übrig bleibt, bereits dankbar und froh ist.

Vor allem ist zu bedauern, daß für Baden zunächst nur 1 Million zur Verfügung steht. Selbst, wenn später vielleicht noch 1 bis 2 Millionen zu erwarten sind, so bleibt die Gesamtsumme doch ein bescheidener, an sich geringer Betrag; gegenüber der angelaufenen Verschuldung — eigentlich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein!

Weiterhin ist bedauerlich, daß eine Anzahl von Gemeinden nicht einmal in der Lage ist, den Kredit der Golddiskontbank zu erhalten. Ich hörte wiederholt, daß die Golddiskontbank ihre Kredite nur den Gemeinden mit bereits neuem Grundbuch einräumt; die Gemeinden, die noch das alte Grundbuchrecht besitzen, werden ausgeschlossen. Darüber wird geklagt; das wird als ein Übelstand empfunden. Wir behalten uns vor, darauf unter Umständen in nächster Zeit zurückzukommen.

Nun wurde durch den Antrag des Herrn Kollegen Scheel weiterhin angeregt, zur Übernahme und allmählichen Abtragung der Gesamtschulden eine eigene Hypothekenbank, eine Bodenkreditbank zu schaffen. Demgegenüber wurde von seiten meiner Fraktion bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß wir eigentlich schon genug Banken und Kreditanstalten haben, dabei aber kaum Geld zu den Zinssätzen und Rückzahlungsfristen, wie sie die Landwirtschaft nun einmal braucht. Wir erblicken also in der Schaffung einer Hypothekenbank oder einer Bodenkreditbank keineswegs unbedingt der Weisheit Schluß.

Wir stimmen aber dem vom Haushaltsausschuß gestellten Antrag zu, weil wir der Auffassung sind, daß — wenn möglich, etwas geschehen sollte, daß man der Weiterentwicklung der Dinge möglichst nicht mit verschränkten Armen gegenüberstehen darf. Die Regierung möge also prüfen, was geschehen kann, und wies geschehen kann. Und sie möge uns dann ihr Material und ihre Vorschläge unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß die Regierung an die gewiß schwierige Frage bald herangeht. Der Notstand, der im Lande herrscht, verträgt keine allzulange rein akademische Prüfung; Hilfe tut not! Bei zu langsamer und langer Prüfung könnte es schließlich heißen: Die Untersuchung ist vollendet — aber der Patient ist verschieden (Heiterkeit).

Wenn die Regierung also auf Mittel und Wege zur Abhilfe sinnt, so tut sie einen Schritt nicht nur für einen einzelnen Stand, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die Gesamtheit unseres Volkes, für Bauern, Handwerker und Arbeiter; sie alle schöpfen Nutzen aus der Verbesserung der Lage; sie alle sind Nutznießer der Volksgemeinschaft. Der Schritt würde getan zum Wohle unseres ganzen Volkes (Beifall beim Zentrum).

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.):

Unsere Fraktion wird dem Ausschußantrag zustimmen. Wir haben schon im Ausschuß erklärt, daß wir bezüglich der Feststellung einer großen Kreditnot sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Gewerbe und im Handel einig sind. Ob der badische Landtag sich mit diesen Fragen mehr befassen soll wie es heute morgen durch lange Reden geschehen ist, das lassen wir dahingestellt. Wir glauben, daß die Lösung dieses Problems selbst nicht Aufgabe des badischen Landtags sein kann, und daß das Problem leider auch nicht vom badischen Landtag gelöst werden könnte, selbst wenn er es wollte.

Wir sind auch der Meinung, daß man bei der Beurteilung der Ursachen der Kreditnot eines nicht genügend beachtet; das ist die Tatsache, daß die Kreditnot für neu zu beschaffende Betriebsmittel und für die so vielfach erwähnte Rationalisierung der Betriebe zum Teil aus Verhältnissen heraus entstanden ist, die nicht unbedingt, volkswirtschaftlich wenigstens nicht, hätten kommen müssen, wenn sie auch in der Inflationszeit erklärlich waren. Ein großer Teil der Gelder, die früher für den Betrieb gedient haben, ist leider in der Inflationszeit, sagen wir einmal: familiär verwendet und aus den Betrieben herausgezogen worden. Bei einer Reihe von Gewerbetreibenden, bei den größeren Industrien hat man derartige Beobachtungen machen können.

Wenn man über die Wirtschaftsnot und über die Notwendigkeit einer rationelleren Betriebsweise redet, so darf man auch an das eine erinnern: Vor dem Krieg, als wir reich waren, hat es nicht entfernt soviel Direktoren in den Betrieben gegeben wie jetzt; der obere Apparat in den großen Industrien war lange nicht so übersetzt, vor allem war die Bezahlung der leitenden Kräfte in der Industrie bei weitem nicht so hoch wie jetzt, und die Lebensgewohnheiten dieser Industrieherren sind heute bei weitem andere als in der guten Zeit, wo wir noch reich waren. Ich will nur ein Beispiel dafür sagen: In Heidelberg haben schon früher die Direktoren von Mannheim, Ludwigshafen usw. gewohnt; aber sie sind früher im Schnellzug I. oder II. Klasse hin und her gefahren und haben Monatsabonnement gehabt. Heute fahren etwa dreimal soviel als früher — weil dreimal soviel vorhanden sind — und zwar nicht mehr in der I. Klasse in der Bahn, sondern mit ihrem eigenen Auto, das sehr oft vom Betrieb zur Verfügung gestellt ist, oder das sie sich auf Grund ihrer hohen Bezüge selbst leisten können. Die Kosten, die entstanden sind, wenn man alles zusammenrechnet, haben früher vielleicht im ganzen Monat nur soviel betragen, wie jetzt fast jeden Tag. Das sind auch Erschwerungen der Wirtschaft, die man bei diesen Fragen mitberühren muß.

Bei der Landwirtschaft trifft das nicht in diesem Maße zu; aber eines ist dort auch der Fall. Während der Inflationszeit war die Landwirtschaft ebenso wie die anderen Betriebe — sie hatte vielleicht einen anderen Ausweg gar nicht, während er in der Industrie zum Teil noch möglich war — außerstande, die Gelder, die sie aus dem Warenverkauf hereinbekam, irgendwie anders anzulegen, als sie in die Familie, in die Haushaltung hineinzustecken, und man hat eine Zeit gehabt — und sie ist zum Teil jetzt noch da —, wo man sagen konnte: die Einrichtungen in den landwirtschaftlichen Familien, die Vorräte familiärer Art waren wesentlich besser, als es früher der Fall war, weil man eben mit dem Geld in nichts anderes mehr hineingehen konnte als in die Waren. Diese Summen, die auf diese Art und Weise festgelegt worden sind, fehlen uns auch. Wenn man in den Städten und auch auf dem Lande, und vor allem auf dem Land, die Un-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

ternehmerwohnungen besichtigen könnte, die in den letzten Jahren entstanden sind und neu eingerichtet wurden; wenn man da einmal eine Exkursion, vielleicht vom Steuerausschuß aus, oder von einer parlamentarischen Untersuchungskommission aus (Zuruf des Abg. Klaiber), in die einzelnen Haushaltungen hinein machen könnte, so würde man in manchen Kreisen sehr vieles finden, was schwer Geld gekostet hat und große Werte darstellt, was aber heute leider nicht zur Produktion verwendet werden kann: Gegenstände und Sachen, die früher nicht vorhanden waren. Ich weiß nicht, wie viele Millionen auf diese Art und Weise der Wirtschaft entzogen worden sind und auf lange, lange Zeit entzogen bleiben. Wenn wir wirklich zu einer rationellen und sparsamen Wirtschaft kommen wollen, daß müssen wir auch nach der Seite hin wiederum sparen und haushalten lernen, innerhalb der Verwendung der Überschüsse der Betriebe. Es geht nicht, daß man lediglich den Arbeitern und den Angestellten die Löhne nieder halten will, sondern man muß auch wissen, daß man auch selber mit dem guten Beispiel vorangehen muß, daß man die Wirtschaft nicht belasten darf mit Dingen, die sie nicht einmal früher tragen konnte.

Was nun die Auslandskredite anbelangt, von denen auch die Rede war, geben wir zu, daß es nicht wünschenswert ist, in großem Maße Auslandskredite zu nehmen — aus den Gründen, die ich nicht weiter erwähnen will, weil sie in der Presse, in Versammlungen und Parlamenten überall schon erwähnt worden sind, und die auch zu den Sparmaßnahmen der Reichsregierung geführt haben. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen, und so geht es eben leider auch uns. Ohne diese Kredite können wir natürlich nicht auskommen. Wir müssen, wo wir solche Auslandskredite einigermaßen ertragen können, leider zu ihnen greifen, wobei ich nach der kommunistischen Seite hin, — weil der Herr Kollege Bock heute im Plenum und kürzlich auch im Ausschuß so sehr diese Auslandskredite abgelehnt hat — doch sagen möchte: Rußland geht in bezug auf Entnahme von Auslandskrediten wirklich mit einem guten Beispiel voran (Abg. Dr. Mattes: Das ist aber etwas anderes!), wenn auch seine andere Schlußfolgerung, — daß es notwendig ist, wenn ein Land Waren exportieren will, es meistens vorher dem Käufer Kredit geben muß, bis ihm dieser Käufer die Ware abnimmt, — richtig ist. Das gebe ich zu. Aber die Art, daß man einfach in Deutschland all das ablehnt, was man in einem anderen Lande, wo man das Heft in der Hand hat, macht, diese Politik verstehe ich nicht, die werde ich auch nie verstehen, so wenig wie vorhin den Antrag, über den sich der Kollege Reinbold aufgeregt hat (Lachen bei den Kommunisten). Herr Reinbold hat sich darüber mit Recht aufgeregt, daß man die Fürstenabfindungen nun vom badischen Landtag ablehnen läßt (Zuruf von den Kommunisten). Das ist doch klar, Ihr wißt doch, wie der badische Landtag zusammengesetzt ist, um dadurch „das Volksbegehren etwas wirkungsvoller zu gestalten" (Abg. Bock: Den Landtag möchte ich sehen, der das ablehnt — Zuruf: Die Prügel!).

Nun sind wir also, wie ich schon gesagt habe, für Auslandskreditnahme, aber mit aller nötigen Vorsicht, wobei ich persönlich die Sperrmaßnahmen gegenüber Auslandskrediten für den Wohnungsbau nicht recht begreifen kann. Denn der Wohnungsbau wird unsere gesamte Wirtschaft neben der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses doch so befruchten, daß man von einer produktiven Anlage der Gelder im Wohnungsbau doch reden kann, ganz abgesehen davon, daß ganz zweifellos der Zeitpunkt kommt, wo der Wohnungsbau durch gesteigerte Mieten, der heutige Wohnungsbau, sich auch tatsächlich wieder als rentabel erweisen wird.

Es ist nun von den Krediten für die Landwirtschaft gesprochen und dabei heute im Plenum wieder von dem Herrn Kollegen Klaiber, wie im Ausschuß, der Standpunkt vertreten worden, die Landwirtschaft könne keine Kredite mehr nehmen, sie solle lieber extensiv wirtschaften anstatt Schulden machen. Gewiß, auch wir sind der Meinung, die Landwirtschaft soll bei einer Kreditnahme so vorsichtig wie möglich sein. Aber mit einem Kredit von 100 Mark ist natürlich nichts getan. Wenn einer einen Kredit von 100 Mark nimmt, so kann man ziemlich sicher damit rechnen, daß er irgend ein momentanes Geldbedürfnis befriedigt, daß er sich vielleicht einen neuen Hut oder ein paar neue Schuhe kauft, aber nicht etwa seine Wirtschaft intensiviert (Heiterkeit). Wir sind aber der Meinung, nicht wie der Herr Kollege Klaiber, daß es grundfalsch wäre, wenn die Landwirtschaft an und für sich auf die intensive Wirtschaftsweise verzichten wollte oder nur dann nicht verzichten wollte, wenn sie keine Schulden machen muß. Denn so darf man die Rechnung nicht aufmachen, Herr Kollege Klaiber, daß man sagt, wenn uns nicht vorweg garantiert wird, daß wir so und soviel Mark für den Doppelzentner Weizen und Roggen und so weiter bekommen, dann machen wir überhaupt keinen Versuch der Intensivierung der Landwirtschaft. Ja, beim Gewerbe geht es doch anders, und bei der Industrie muß der Industrielle und der Gewerbetreibende sagen: ich muß versuchen, mit meinem Produkt im Preis herunterzugehen, damit ich an die Kundschaft herankomme, damit ich Absatz finde. Es ist doch ein Unterschied, ob ich von einem Morgen 5 Doppelzentner mehr ernte oder 5 Doppelzentner weniger. Und da meine ich, darf man nicht einfach rechnen: Wenn wir nicht alles geschenkt bekommen an Geld, wenn wir Zins zahlen sollen, so machen wir überhaupt nicht mehr mit. Herr Kollege Klaiber, ich gebe Ihnen zu, die badische Landwirtschaft, die kleine Landwirtschaft wird im höheren Prozentsatz überhaupt nicht in der Lage sein, wenn sie nicht gewaltig von ihrer heutigen Methode abgeht, eine Intensivierung durchzuführen, weil sie zu klein ist, weil sie zu wenig Möglichkeiten technischer Art hat. Man könnte sich allerdings die Dinge so denken — worüber ich heute nicht reden möchte — wie man auch dort durch Zusammenschluß die intensivere Wirtschaftsweise durchführen könnte, aber ganz restlos die Parole so ausgeben, wie der Herr Kollege Klaiber das getan hat, das möchten wir von unserer Seite wirklich nicht befürworten, das würde zu Dingen führen, die der Landwirtschaft unter Umständen einen gewaltigen Schaden beibringen könnten. Erstens sind sie als Landwirte nicht nur Landwirte, die für den eigenen Familienhaushalt zu sorgen haben, sondern die 2, 3, 4 und 5 Kinder jeweils abstoßen in die Industrie, einfach hinübergeben und sagen, da ernährt sie, wir haben keine Ernährungsmöglichkeit für die Leute. Das ist natürlich ein ganz bequemes Mittel, daß man immer schreit, die Allgemeinheit soll der Landwirtschaft helfen und die überflüssige Bevölkerung auf dem Lande schickt man in die Industrie und läßt sie dort unterkommen. So kann das auf alle Zeiten nicht gehen. Mehr will ich über diese Dinge nicht sagen.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, ob man zur Beschaffung langfristiger Realkredite eine besondere Bank in Baden notwendig hat. Zunächst können wir diese Notwendigkeit nicht anerkennen, wir wollen sie direkt nicht ablehnen, aber wir sind bis jetzt nicht überzeugt worden, daß sie notwendig ist, obwohl in Sachsen und in der Pfalz derartige Vorbilder existieren. Wenn es uns nachgewiesen wird, daß

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

durch Schaffung einer eigenen speziell für diese Zwecke bestimmten Bank etwas in der Verbesserung des Realkredits getan werden kann, wird unsere Fraktion nicht dagegen sein, aber im gegenwärtigen Stadium möchten wir uns einer endgültigen Stellungnahme enthalten.

Darf ich noch eine Bemerkung machen zur Frage der Sparkassen? (Zuruf: Natürlich!). So kann ich dazu sagen, daß das, was der Herr Kollege Gündert heute morgen ausgeführt hat über die Aufgaben und das Wesen der Sparkassen, von mir fast restlos unterstrichen werden kann. Ich will auf die Einzelheiten, die er berührt hat, nicht näher eingehen, sondern nur sagen von unserer Fraktion aus: wir werden dem Versuch, die Sparkassen lediglich wieder auf den alten Stand ihrer früheren Bewegungsfreiheit zurückzudrängen, widerstreben, weil wir der Meinung sind, daß die Sparkassen noch andere Aufgaben haben, als lediglich den Realkredit zu vermitteln. Die Sparkassen müssen im heutigen Staat m. E. auch nach der Seite der Geldeinleger etwas besser Rücksicht nehmen. Die Geldeinleger sind zum großen Teil die Kreise, denen eine andere, bessere Geldanlage nicht möglich ist, als die, ihre paar Pfennige auf die Sparkasse zu tragen. Wenn die nun benützt werden sollen, durch recht billige Habenzinsen, die man ihnen gutschreibt, dazu beizutragen, daß die anderen Kreise der Bevölkerung auf ihre Kosten die Wirtschaft wieder hoch bringen sollen, können wir das nicht ohne weiteres unterstützen, sondern wir müssen verlangen, daß man bei dem Vorgehen gegen die Sparkassen und der gesetzgeberischen Regelung der Aufgaben der Sparkassen auch die Einleger in der Sparkasse berücksichtigt und sie nicht lediglich als die Gebenden betrachtet. Im übrigen haben die Sparkassen aber noch andere Aufgaben zu erfüllen, sie sind in den letzten Jahren doch vielfach gerade in den größeren Gemeinden eigentlich die Stadtbank gewesen und ich weiß nicht, wie manche größeren Gemeinden, vielleicht auch die Gemeinde, der der Herr Kollege Scheel angehört, der gegen die Sparkassen ziemlich geladen ist, ich weiß nicht, ob die Gemeinde Mannheim manchmal nicht froh war, daß die Sparkassen die Geschäfte machen konnten, die sie zurzeit auf Grund des Gesetzes durchführen können. Ich glaube, man wird in der Stadtverwaltung Mannheim über seine Stellungnahme nicht gerade sehr erfreut sein und Kollege Gündert hat als Oberbürgermeister wohl die richtigere Behandlung der Sparkassen angeschnitten durch seine Ausführungen, die er heute morgen gemacht hat, denen ich, wie gesagt, zum größten Teil beitreten möchte.

Alles in allem werden auch wir dem Antrag des Ausschusses beitreten in der Erwägung, daß die Anträge, die sie uns vorgelegt hatten, noch nicht reif genug ausgearbeitet waren oder die Materie noch nicht reif genug geworden war, und wir von der Regierung viel mehr geeignetere, gründlichere Vorschläge erwarten auf Grund des Materials, das der Regierung nach der ganzen Sachlage zur Verfügung steht. Wir erwarten also, daß von der Seite der Regierung dem Landtag bald Vorschläge unterbreitet werden, die die Kreditnot durch Gewährung langfristiger Realkredite möglichst eindämpfen und gesunden helfen. Wir geben uns aber, das möchte ich zum Schlusse sagen, durchaus nicht der Täuschung hin, als ob die Gesundungsaktion der deutschen Wirtschaft ein Erfolg von irgend ein paar Palliativmittelchen sein könne. Wir sind überzeugt davon, daß das, was der Krieg dem deutschen Volke an Wunden geschlagen hat, Jahre und Jahrzehnte brauchen wird, bis die Vernarbung durchgeführt worden ist und bis wir wiederum nur auf dem wirtschaftlichen Standpunkt angelangt sind, der vor dem Ausbruch des Krieges für das deutsche Volk vorhanden war. Der Standpunkt war zu jener Zeit wirklich nicht glänzend für die große Masse des Volkes, sondern nur für einige wenige. Durch die Verhältnisse ist die Not weit größer geworden. Leider ist auch durch die Verhältnisse die Masse des arbeitenden Volkes in der Hauptsache der leidtragende Teil, wie früher schon, und wir wünschen nur, daß es möglich sein wird, die Gesundung, von der wir nicht riesige Fortschritte erwarten, doch mit allen möglichen zu Gebote stehenden Mitteln, wenn auch langsam, so doch stetig durchzuführen.

Abg. **Goerlacher** (Zentr.):

In unseren Nachbarländern ist eine ähnliche Hilfsaktion, wie sie der Antrag des Haushaltsausschusses vorsieht, bereits seit einiger Zeit im Gange, auch der Badische Landtag wird, glaube ich, wie ich die Stimmen gehört habe, diesem Antrag einstimmig zustimmen. Ich vermisse nur einige Worte darin und zwar die Worte „recht bald die Regierung zu ersuchen", damit recht bald für Industrie, Handel und Gewerbe ein Kredit beschafft werden kann. Wenn diese Kreditaktion nicht recht bald in Tätigkeit tritt, habe ich Bedenken, ob es überhaupt einen Zweck hat und wenn ferner mit dieser Hilfsaktion nicht ein Abbau der Steuer vor sich geht, halte ich diese Hilfsaktion für zwecklos. Bis jetzt war es doch so, daß die Kredite, die der Landwirtschaft und dem Handwerk gegeben worden sind, zur Bezahlung der Steuer verwendet werden mußten. Mit der einen Hand hat man genommen, was mit der anderen gegeben wurde. Ferner sollte Hand in Hand gehen mit dieser Hilfsaktion der Abbau der Zwangswirtschaft. Über diese Sache werden wir Gelegenheit haben, noch einmal ausführlich in diesem Hohen Hause zu sprechen. Ich kann es mir deshalb ersparen, Stellung dazu zu nehmen.

Wer die Wirtschaft kennt, wird mit mir darin einig sein, daß einzig und allein nur rasche Hilfe von Erfolg sein kann. Fast über Nacht ist diese Krise im Wirtschaftsleben über uns hereingebrochen (Zuruf); ich darf wohl sagen, „fast über Nacht": In den Sommermonaten hat sicherlich kein Mensch daran gedacht, daß wir vom Herbste ab in Industrie und Handwerk, aber auch in der Landwirtschaft eine so furchtbare Krise werden durchmachen müssen. Seitdem man von einer Uhrenindustrie auf dem Schwarzwalde sprechen kann, haben wir noch niemals eine Krisis von der Art und dem Umfange durchgemacht, wie sie jetzt herrscht. Kürzlich haben wir in einer Gesellschaft von maßgebenden Herren, die die Finanz- und Bilanzlage der einzelnen Firmen auf dem Schwarzwalde wohl kennen, eine Aussprache gehabt; dabei wurde festgestellt, daß heutzutage die wirklich grundsoliden Firmen auch in der Uhren- und Maschinenindustrie des Schwarzwaldes nur noch sehr vereinzelt sind; ich mag die geringe Zahl gar nicht nennen.

Was nun die Ursache dieser Krisis anbelangt, so wird sie von dem einen in der einen, von andern wieder in einer andern Ursache gesucht; sie wird von verschiedenen Seiten also verschieden beurteilt. Zweifellos tragen Schuld daran: die hohe Belastung durch Steuern, die Kreditaufnahme in den Betrieben und die außerordentlich hohen Bankzinsen.

Wer heute ausschließlich mit Bankgeld arbeitet, kann sich bald an den Fingern abzählen, wie lange sein Betrieb noch lebensfähig sein wird. In Folge dieser ungeheuer hohen Steuern waren wir mit unserer Produktion an Maschinen und wohl auch an Uhren auf dem Schwarzwald dem Ausland gegenüber ausgeschaltet. Die Entwicklung in dieser Richtung hat sich außerordentlich rasch vollzogen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ganz besonders traurig hat sich auch die Lage für unsere Fremdenindustrie, für das Hotelgewerbe unserer Schwarzwaldgegenden gestaltet. Ich hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, einer Versammlung in Titisee anzuwohnen, bei der ausschließlich Hotelbesitzer des Schwarzwaldes anwesend waren. Sie würden es sicher nicht für möglich halten, wie außerordentlich trostlos die Zustände sind, die sich aus den Schilderungen der Versammlungsteilnehmer ergaben. Ein Hotel — selbst dann, wenn es innerhalb der Inflationszeit und also um Papiergeld erworben wurde (Zuruf) — ist heute zur Last geworden (Zurufe von links; Abg. Großhans: Das verstehe ich nicht! — Abg. Bock: Sie hätten eben noch etwas höhere Preise für Übernachtung nehmen sollen!). Herr Kollege Großhans, ich kann Ihnen folgende Versicherung abgeben: Von dem Inhaber eines Hotels, das ich als ein erstklassiges kenne, habe ich mir eine Rechnung aufmachen lassen; dabei handelt es sich um ein Hotel, das vielleicht kaum drei Monate im Sommer frequentiert ist. Dieser Inhaber hat mir rechnerisch nachgewiesen, daß — also in der Saison! — auf das ganze Jahr umgerechnet pro Bett 5 M. Steuer und Umlagen (Zurufe links: Unmöglich! Redner darauf): Ich sage Ihnen: „5 M. Steuer und Umlagen" kommen. Herr Kollege Großhans, wenn Sie für ein einzelnes Bett 5 M. Steuer und Umlagen bezahlen müssen, dann können Sie nicht die Pension für 6 M. geben! Dieser Vorwurf, wie er vorhin gemacht wurde, ist sicherlich hinfällig (Abg. Bock: Aber doch nicht pro Bett und Nacht!). Pro Bett und Nacht (Zurufe von verschiedenen Seiten, besonders von der linken — Unruhe — Glocke des Präsidenten). Es muß dabei in Rechnung gestellt werden, daß nur in den drei Sommermonaten das Hotel geöffnet und dann nur zur Hälfte frequentiert war, die Steuern und Abgaben, die Gebäudesondersteuern usw. fürs ganze Jahr errechnet und bezahlt werden müssen (Abg. Bock: Pro Bett und Nacht??). „Pro Bett und Nacht", jawohl! (Zuruf links: Das glaubt ja kein Mensch!). Herr Kollege Bock: Verstehen Sie denn nicht oder wollen Sie nicht begreifen, daß das Hotel jahraus, jahrein, für 365 Tage alle möglichen Steuern und Umlagen zu zahlen hat!, während das Hotel in den letzten Jahren und gerade im letzten Jahre sehr schlecht frequentiert war, daß nur während drei Monaten, und auch da wieder nur das halbe Hotel belegt war (Abg. Bock: Das würde also heißen: „Für 450 Mark" pro Bett und Nacht Steuer?). Gewiß, Steuer und Umlagen! (Abg. Bock: Das ist ja Unsinn, das ist ein Unsinn! — Gegenzurufe — Unruhe — Glocke des Präsidenten).

Vor zwei und drei Jahren haben wir 30 Prozent und 35 Prozent Bankzinsen bezahlt: Heute zahlen wir 15 Prozent bei monatlicher Zinszahlung; der Zins muß monatlich bezahlt werden — oder aber er wird zum Kapital aufgerechnet. Das sind doch geradezu horrende Zahlen! Es ist nun kein Wunder, wenn Sie, sobald Sie mit Angehörigen der Industrie, des Handwerks oder der Landwirtschaft zusammenkommen, von diesen gefragt werden: Kann denn die Regierung hier wirklich nicht helfen? Ist denn die Regierung hier tatsächlich machtlos?! Wenn man hört, daß ein Bankdirektor neben seinem Gehalt noch 120 000 Mark an Tantièmen im Jahr bezieht, dann nimmt es einem nicht mehr wunder, daß die Banken solch horrende Zinsen zu verlangen genötigt sind: Diese Zinsen müssen natürlich auf den Rücken dieser Zinszahler aufgeladen werden.

Nun haben ja unsere führenden Finanzmänner im deutschen Reiche, an ihrer Spitze Reichsbankpräsident Dr. Schacht, eine Radikalkur vorgesehen. Herr Dr. Schacht hat selbst durchblicken lassen, daß diese Radikalkur dazu dienen soll, unseren Wirtschaftskörper wieder von den Fremdkörpern und von dem Ungeziefer zu reinigen, das ihm seit dem Kriege und aus der Inflationszeit her anhaftet. Ja, wenn nur diese Kur nicht als eine solche nach Dr. Eisenbarth ausfiele — das heißt, wenn nur nicht auch so und so viele grundsolide Existenzen mit in den Strudel gezogen würden und mit zugrunde gingen —, dann hätte man diese Radikalkur, wie Dr. Schacht und andere führende Finanzmänner sie inszeniert haben, wohl begrüßen können. Jetzt aber verlaufen die Dinge eben doch so, daß in die entstehenden Verluste und in die daraus sich ergebenden Bankrotterklärungen eben in großer, großer Anzahl grundsolide Firmen mit hereingezogen werden und daß auch diese dabei zugrunde gehen.

Im Reichstag hat man vor einiger Zeit ein Gesetz über den Abbau der Preise einbringen wollen. Es war geradezu lachhaft, womit man begonnen hat: Beim kleinen Handwerk hat man angefangen! Man hatte also nicht den Mut, einmal energisch bei den Banken einzugreifen und der von diesen betriebenen Zinspolitik Halt zu gebieten. Man brachte nur den Mut auf, dort über den Hag hinüberzuspringen, wo er am niedrigsten ist. Man wollte nämlich ein Gesetz einbringen, durch welches den Innungen und Fachverbänden untersagt werden sollte, regulierend auf die Preise einzuwirken. Dieses ganze Vorgehen ist mir gerade so vorgekommen, als wenn man den Buben am Bodensee droben verbieten wollte, in den Bodensee hineinzuspucken — „wegen der Hochwassergefahr"! im Rheinland (Lebhafte Heiterkeit). Was soll das heißen, dem Schneider- oder Schuhmachermeister zu untersagen, daß er sich organisiert! Er organisiert sich doch nur, um für seine Leistung und seine mühevolle Arbeit ein paar Groschen zu verdienen! Wo sind denn diese „reichen" Handwerksmeister? wo sind sie denn? Ich kenne nun doch im badischen Land sehr viele Handwerksmeister — aber solche „reiche" Meister habe ich noch sehr wenig kennen gelernt. Zum Glück hat der erwähnte Entwurf eines Reichsgesetzes bei den meisten Parteien im Reichstag keinen Anklang gefunden; ich hoffe und wünsche, daß ein derartiges Gesetz jedenfalls nicht das Licht der Welt erblicken wird, was mir von verschiedener Seite bereits versichert wurde.

Wie schon dargelegt, ist also die Krisis überall — in der Industrie, in Handwerk und in der Landwirtschaft — gleich groß. Die Erscheinung ist auch in all diesen Gebieten auf dieselbe Krankheitsursache zurückzuführen, die ich schon bezeichnet habe: auf zu hohe Steuern und auf zu hohe Zinsen. Dazu kommt als weiterer Faktor noch das Aufwertungsgesetz, dessen Auswirkungen außerordentlich drückend auf diesen Ständen lasten.

Ein maßgebender Finanzmann hat mir vor einiger Zeit gesagt, daß die Steuern nur noch von den Festbesoldeten und von den Arbeitern bezahlt werden: das läßt tief blicken (Zurufe). Es verhält sich tatsächlich so (Zuruf). Ich gebe zu, daß manchmal da und dort böser Wille vorhanden sein mag; was aber die allermeisten Fälle anbelangt, so bin ich davon überzeugt, daß es eben dem Industriellen, dem Landwirt oder Handwerker einfach nicht möglich ist, die Steuer aufzubringen; er ist durch die Not wirklich gezwungen, die Steuer stunden zu lassen (Erneuter Zuruf). Ja! das läßt wirklich tief blicken.

Zu Anfang der stabileren Wirtschaft und gegen Ende der Inflationszeit hatte es ja den Anschein, als ob diejenigen, die im Besitze eines Objektes, eines realen Wertes waren, die Inflationszeit glücklich überstanden hätten. Tatsächlich verhielt es sich auch so, daß während der Inflationszeit in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Land und Stadt eine Entschuldung stattgefunden hatte. Das Blättlein hat sich aber außerordentlich rasch gewendet. Gehen Sie einmal auf das Grundbuchamt oder schauen Sie in einen Sparkassenbetrieb hinein, was bei der letzteren an Kredit verlangt wird und was bei dem Grundbuchamt Tag für Tag an Einträgen gemacht und an Grundschuldbriefen ausgefertigt wird für Firmen und für Geschäftsleute, die Jahrzehnte hindurch ihr Geschäft auf äußerst grundsolider Basis geführt haben. Es scheint doch, daß die Festbesoldeten im Gegensatz zu den freien Berufen besser und glücklicher über diese Zeit weggekommen sind als wir. (Auf einen Zuruf des Abg. Seubert:) Es mag sein, wie es will, Herr Kollege Seubert, die Sorge für die Zukunft, die Sorge für das Alter fällt bei den Festbesoldeten weg, und diese Sorge erfüllt die Handwerker und die Landwirte, die jahraus jahrein (Zuruf vom Zentrum: und die Arbeiter!) — und die Arbeiter, die jahraus, jahrein alles aufbieten, um ein paar Groschen für ihr Alter zu ersparen; sie sehen keine Möglichkeit mehr, sich irgendwie eine Rücklage für das Alter zu machen, und haben die Aussicht, wie die vielen Tausende von Kleinrentnern, darauf angewiesen zu sein, einmal der Gemeinde oder dem Staate zur Last zu fallen und dort um ein Almosen zu bitten. Das sind wirklich trostlose Ausblicke für diejenigen, die im freien Wirtschaftsleben stehen.

Helfen können also — wie heute in diesem Hohen Hause schon gesagt worden ist, auch vom Herrn Berichterstatter und von dem Herrn Abg. Scheel — nur langfristige Kredite — mit kurzfristigen Krediten ist uns nicht gedient — zu einem niedrigen Zinsfuß. Nur so können wir die Wirtschaft nach und nach wieder aufbauen.

Vor allen Dingen und unter allen Umständen ist eine Herabsetzung der Steuern notwendig. Heute morgen sind in diesem Hohen Hause nach dieser Richtung Vorschläge gemacht worden, die mir ziemlich akzeptabel erscheinen. Ich möchte aber doch noch auf einen Vorschlag hinweisen, den die Zeitung des badischen Einzelhandels gebracht hat, und zwar ein Artikel von einem Direktor Wilhelm Wolf in Pforzheim — ich weiß nicht, ob ihn der eine oder der andere Kollege hier im Hause kennt (Rufe: Ja!). Der Artikel scheint mir sehr beachtenswert, und ich bin recht gerne bereit, diese Zeitung der Regierung zur Verfügung zu stellen. Es ist sehr interessant, was da gerade an unproduktiven Ausgaben errechnet wird. Beispielsweise — ich möchte nicht den ganzen Artikel verlesen, das würde zu weit führen — errechnet der Verfasser: Einsparung des Staates an Kosten der Durchführung der hinfällig werdenden Steuern, unter Berücksichtigung der neuen, viel einfacher zu handhabenden Lohnsteuer, mindestens 100 Millionen; ferner: Einsparung an Kosten der Industrie für Bearbeitung dieser Steuern mindestens auch 100 Millionen. Er rechnet also, daß in den Betrieben noch ungeheuer viel unproduktive Kräfte vorhanden sind, Beamte und Angestellte, die sich ausschließlich nur mit Steuersachen befassen. Sogar bei Kleinbetrieben war es notwendig, eine eigene Person anzustellen, die die Steuern ausrechnet, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, daß man in Ungelegenheiten kommt.

Der Schultheiß von Schramberg — auch das ist beachtenswert — hat in den letzten Jahren eine Zwangssparkasse eingerichtet, bei der junge Leute schon vom 17. oder 18. Jahre ab zwangsweise Spareinlagen machen müssen, die ihnen im Alter von 24 Jahren wieder ausbezahlt werden. Auch dieser Weg scheint mir sehr beachtenswert (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!).

Mein Wunsch ist also der — und damit möchte ich schließen —: Möge es der Regierung gelingen, recht bald Mittel und Wege zu finden, um der Wirtschaft aus diesem furchtbaren Elend herauszuhelfen! (Beifall beim Zentrum).

Abg. Hermann (Bürgerl. Ver.):

Die Kapitalnot ist von sämtlichen Rednern des Hauses anerkannt worden. Auch das Handwerk und Gewerbe leidet besonders unter der Kapitalnot, genau so wie Industrie und Landwirtschaft. Nur tritt dort diese Not zum großen Teil noch krasser in Erscheinung, und zwar deshalb, weil diese Kreise großenteils keine Realsicherheiten geben und sich deshalb überhaupt keine Kredite verschaffen können.

Der Herr Kollege Goerlacher hat soeben auf das Hotelgewerbe hingewiesen. Ich möchte gerade hier darauf hinweisen, daß es bei diesem Gewerbe sehr häufig vorkommt, daß es sich um Pächter und nicht um Eigentümer handelt, so daß diese Gewerbetreibenden auch keine realen Sicherheiten geben können. Sie leiden genau so unter der Not der Zeit, wie diejenigen, die ein eigenes Haus haben, vielleicht noch mehr; sie bekommen keine Kredite, weil sie eben keine reale Sicherheit geben können. Früher, als noch Personalkredite, Blankokredite gegeben wurden, war es natürlich wesentlich anders. Damals, als noch persönliche Tüchtigkeit, Fleiß und Sparsamkeit als genügende Sicherheit angesehen wurden, wurden den Geschäftsleuten vielfach persönliche Kredite von den Banken gewährt. Das ist eben heute anders geworden. Daher muß man heute auf Mittel und Wege sinnen, wie auch diesen Leuten geholfen werden kann.

Wenn nun versucht werden soll, durch Staatshilfe für Kredite zu sorgen, so müßte insbesondere auch gerade denjenigen, die keine Sicherheiten im Sinne der Realkredite geben können, die Möglichkeit verschafft werden, Kredite zu bekommen, die nicht von heute auf morgen gekündigt werden können, wenn in der Person des Kreditnehmers die nötigen Sicherheiten geboten sind. Ich weiß, daß das sehr schwierig sein wird; aber immerhin müßte auch hier ein Weg gefunden werden, um auch diesen Leuten zu helfen; denn auch sie haben als Staatsbürger einen Anspruch darauf, daß ihnen geholfen wird, genau so, wie man anderen Leuten auch hilft. Nach meiner Auffassung könnte das geschehen durch Bürgschaften des Staates bei Kreditanstalten. Man hat das ja auch schon in den letzten Jahren gemacht. Auch das Handwerk hat durch solche Maßnahmen Kredite bekommen, allerdings in Form von kurzfristigen Darlehen, die zum Teil in Wechselkredite umgewandelt worden sind. Und nun sind diese Wechselkredite, diese Darlehen fällig, sie können aber zum großen Teil nicht zurückbezahlt werden, da eben die Leute nicht das nötige Geld haben. Das ist an sich sehr bedauerlich. Es zeigt aber auch, daß mit kurzfristigen Krediten nicht geholfen werden kann; vielmehr können nur langfristige Darlehen, seien es nun Personal- oder Realkredite, den Leuten wirklich helfen. Die gegebenen und fälligen Darlehen sollten unter allen Umständen in langfristige Darlehen umgewandelt werden. Wenn das nicht geschieht, so wird in vielen Handwerkerfamilien Not und Elend einkehren.

Nun kann man ja verschiedener Auffassung darüber sein, ob mit der Schaffung und Hingabe von Krediten, einerlei, ob Personal- oder Realkredite, im allgemeinen der Wirtschaft geholfen werden kann, bezw. ob damit überhaupt eine Gesundung unserer Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden kann. Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, müssen wir diese Frage verneinen, und zwar solange verneinen, als nicht die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Betriebe in der Lage sind, aus ihrem Verdienst die Verzinsung und Amortisation der Darlehen zu bestreiten. Solange also die Betriebe nicht in der Lage sind, die Verzinsung und Zurückzahlung der Darlehen aus sich heraus zu bewirken, solange glaube ich nicht, daß die Kredite zu einer Gesundung der Wirtschaft führen können, weil ja eine immer größere Verschuldung der Betriebe und das Gegenteil von dem eintreten wird, was man eigentlich mit der Hilfe beabsichtigt. Darin liegt die Wurzel alles Übels, daß sowohl in der Industrie wie im Gewerbe und in der Landwirtschaft heute keine Rentabilität zu verzeichnen ist.

Vor allen Dingen müßte auch die Steuerpolitik so geändert werden, daß nicht über den Ertrag hinaus Steuern zu bezahlen sind. Es darf nicht das Betriebsvermögen weggesteuert werden, sondern es muß die Möglichkeit geschaffen werden, durch Überschüsse neues Kapital zu bilden. Dann wäre die Kreditnot zum größten Teil behoben.

Der Rückfluß des überschüssigen Geldes in Amerika kann meiner Auffassung nach nur dadurch für uns geschehen, daß wir Waren und Erzeugnisse exportieren und dafür Geld hereinbringen. Von meinem Standpunkte aus würde ich es nicht begrüßen können, wenn der Rückfluß in der Weise geschaffen würde, wie der Herr Abg. Gündert hier ausgeführt hat, und zwar in der Weise, daß sich das ausländische — in diesem Falle das amerikanische — Kapital an der Industrie beteiligen würde, wenn ich auch zugeben will, daß das letztere immer noch besser wäre, als wenn das Kapitalbedürfnis der Industrie lediglich durch Auslandsanleihen gedeckt wird, weil im ersteren Falle auch die Verluste und Risiken mitgetragen werden müssen. Wünschenswert ist jedoch keines von beiden, und solange es irgend möglich wäre, andere Wege zu finden, sollten die Regierungen alles tun, um zu verhüten, daß unsere Industrien verfremdet werden, was für unsere gesamte Wirtschaft und für unser Volk nicht wünschenswert ist. In beiden Fällen wandert ein Teil des erarbeiteten Verdienstes eben ins Ausland, infolgedessen werden wir als Volksganzes gesehen immer ärmer und helfen mit, das Ausland reicher zu machen oder mit anderen Worten: Wir vermehren das Kapital des Auslandes und verhindern die Ansammlung von Kapital im Inland.

Ich weiß sehr wohl, daß es schwierig ist, zu exportieren, und es wurde ja auch verwehrt vom Auslande, daß wir große Teile unserer Erzeugnisse ans Ausland absetzen können; aber trotz alledem muß unser Bestreben eben dahin gehen und ganz besonders das Bestreben unserer Regierungen dahingehen, daß wir mit allen Mitteln versuchen, den Auslandsmarkt für unsere Erzeugnisse aufnahmefähig zu machen und durch Abschließung von Handelsverträgen usw. es möglich zu machen, daß wir ins Ausland exportiern können (Abg. Bock: Kolonien!).

Nur dadurch wird es möglich sein in der Zukunft, daß wir wieder zur Kapitalansammlung kommen werden, und daß wir unser Volksvermögen vermehren. Nur dann wird es auch möglich sein, daß wir wieder das nötige Kapital, das eigene Kapital haben, um unsere Betriebe wirtschaftlich gestalten zu können.

Dem Antrag des Haushaltsausschusses werden wir zustimmen, weil ja hier der Weg gesucht werden soll, wie wenigstens der Kreditnot abgeholfen werden soll und werden muß. Ob etwas praktisches dabei erreicht werden kann, das bleibt eben abzuwarten; aber wir wollen hoffen und wünschen, daß etwas praktisches dabei erreicht wird, und daß die Maßnahmen, die hier gesucht und gefunden werden mögen, dazu beitragen, daß unserer Wirtschaft das nötige Geld zugeführt wird, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten und damit auch dem Volke im ganzen dienen zu können. Wir wollen hoffen, daß dieser Weg gefunden werden möge.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung wird geschlossen.

Das Schlußwort für die Antragsteller erhält

Abg. Scheel (Dem.):

Sehr kurz —, aber ich muß einzelne Dinge wieder ins richtige Licht rücken.

Der Herr Abg. Maier hat m. E. mit Recht gesagt, es wäre nicht gerade die Aufgabe, diese Angelegenheit in langen Reden zu erörtern. Das ist richtig. Ich habe mich nur gefreut, daß er es sich selber nicht versagt hat, immerhin eine längere Rede dennoch zu halten (Heiterkeit — Abg. Schreck: Die längste von allen!). Das hat er nicht getan. Aber schließlich darf ja der Antragsteller, wenn er etwas begründen will, ein klein wenig ausführlicher sein, als der Diskussionsredner. Wenn die Regierung diese Anträge, die bereits acht Wochen vorliegen, schon etwas früher in Prüfung genommen hätte, so wären lange Debatten nicht notwendig gewesen, denn dann hätten wir bereits die Vorschläge gehabt, die wir heute im Haushaltsausschußbeschluß wiederum fordern müssen. Es wäre, glaube ich, Sache der Regierung gewesen, schon früher darauf einzugehen, der Regierung, der ja (zum Zentrum und zur Sozialdemokratie gewendet) die beiden Seiten nicht ganz fern stehen (Abg. Dr. Schofer: Dann hätte es die Opposition noch mehr ausgenützt!). Wir haben positive Arbeit zu leisten versucht, wir sind durch den Haushaltsausschuß in diesem löblichen Bestreben etwas behindert worden (Lachen). Ich sage also (Abg. Maier-Heidelberg: Ihr habt schlechte Vorschläge gemacht!). Das wollen wir erst abwarten, wenn die Prüfung erfolgt ist, ich traue der Regierung mehr Einsicht zu.

Nun hat der Herr Kollege Maier einzelne Dinge kritisiert, die keineswegs von mir vorgeschlagen wurden, und er hat den Eindruck erweckt, als ob Kreditaktionen verlangt würden für die Großindustrie und für die Leute, die mit Autos von Mannheim nach Heidelberg fahren. Ich erinnere mich sehr deutlich, ausgeführt zu haben, daß es sich hauptsächlich um kleine und mittlere Betriebe im Gewerbe, und in der Landwirtschaft auch wieder um die kleinen und mittleren gehandelt hat (Abg. Bock: Unbekannter Größe!). Infolgedessen muß ich sagen, diese Darlegung des Abg. Maier trifft nicht zu auf das, was ich zur Begründung unserer Anträge gesagt habe.

Nun hat der Herr Kollege Maier außerdem gemeint, ich sei auf die Sparkassen „furchtbar geladen". Da irrt er nun furchtbar, wenn er das meint. Die Stadtverwaltung Mannheim wird, wie ich annehme, den stenographischen Bericht — vielleicht wenn ich ihn ihr zuschicke — lesen und wird daraus entnehmen, daß der Herr Kollege Maier irrt; denn ich habe nur das eine gesagt, was heute Tatsache ist, daß nämlich der Realkredit in den Sparkassen heute nicht in dem Maße gegeben wird, wie früher, und nicht gegeben werden kann, und daß es wünschenswert ist, daß allmählich wieder der Realkredit mehr als bisher von den Sparkassen gegeben werden könnte. Ich bin darin ganz mit dem Erlaß des Herrn Ministers einverstanden, der Ihnen (zum Abg. Maier) ja auch nicht ganz fern steht. Das wollte ich zur Richtigstellung doch sagen. Ich mute den Sparkassen nicht zu, sich sofort

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

wieder umzustellen, und will ihnen die Möglichkeit zu Privatgeschäften insbesondere deswegen, weil sie selber nur kurzfristige Kredite bekommen, nicht nehmen. Aber ich halte es für volkswirtschaftlich erwünscht, daß sie ihrer ursprünglichen Aufgabe sich wieder etwas mehr zuwenden, und diese Einsicht, daß das volkswirtschaftlich erwünscht ist, hat ja auch der Bericht der Girozentrale als seine Einsicht bekundet.

Der Herr Kollege Hermann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Handwerk und Kleingewerbe nicht ebenso wie andere in der Lage wären, von langfristigen Krediten Gebrauch zu machen, weil die nötigen realen Unterlagen dazu fehlen, und daß es erwünscht sei, daß man eben nun auf andere Weise helfe. Ich weiß nicht, wie man das „Andere" machen soll, wenn nicht durch Personalkredit, wie es schon geschieht, mit Bürgschaft, wie es der badische Staat ja schon gemacht hat. Eine andere Form, diejenige langfristiger Kredite, kann erst dann praktisch werden, wenn Realunterlagen vorhanden sind. Die Pächter der Hotelbetriebe sind freilich in einer unangenehmen Lage. Ebenso unangenehm sind daran — und das ist heute noch gar nicht gesagt worden — die landwirtschaftlichen Pächter, die auch keine Möglichkeit haben, sich Realkredit zu verschaffen, weil der Verpächter auf all das, was der Pächter als Unterlage geben könnte, ein Vorrecht hat.

Ich darf sagen, daß die landwirtschaftliche Debatte wieder das gezeigt hat, was bei all diesen Debatten meistens in die Erscheinung tritt: wenn man eine bestimmte Frage, wie hier die „langfristigen Kredite", in den Mittelpunkt einer Diskussion stellt, schaut es zum Schluß so aus, als habe man dieses Mittel als Allheilmittel für alles empfohlen. Ich habe zu Eingang, zu mitten und am Schlusse meiner Ausführungen immer wieder gesagt, daß ich das nicht als ein Allheilmittel betrachte, sondern der Meinung sei, daß neben anderem eben auch dieses versucht werden müsse, weil man heute alles tun muß, um der Wirtschaft aufzuhelfen. Mir ist bekannt und ich habe ausgeführt, daß es für die Landwirtschaft wünschenswert wäre und es ihr viel leichter helfen würde, wenn sie bessere Preise und besseren Absatz hätte. Aber, Herr Kollege Klaiber, darin sind wir einig, daß das wünschenswert wäre, nur können wir es beide im Landtag nicht schaffen, wir können höchstens erreichen, daß die Regierung sich den anderen Weg, der im Antrag vorgeschlagen wird, überlegt und im Benehmen mit dem Reich und anderen Stellen versucht, diesen Weg langfristiger Kredite zu beschreiten, und weil das so ist, glaube ich, daß die Auffassung des Herrn Kollegen Klaiber bezüglich der extensiven Wirtschaft und intensiven Wirtschaft falsch ist, darin stimme ich mit dem Herrn Kollegen Maier überein (Zuruf des Abg. Klaiber: Ich mit Sack!). Ich glaube, daß der Herr Kollege Sack sich etwas von Ihnen unterschieden hat. Das aber will ich noch einmal betonen: es ist volkswirtschaftlich nicht günstig, wenn extensive Wirtschaft getrieben wird für den Augenblick. Freilich ist es für den einzelnen Landwirt besser, wenn er darauf verzichtet, viel Kredit zu nehmen, aber es handelt sich bei der Ablehnung solcher Kredite um die teueren Personalkredite. Was wir wollen und hier im Landtag als erwünscht hingestellt wird, ist ein langfristiger Kredit zur Abdeckung der kurzfristigen Kredite, ein langfristiger, billiger Kredit zur Abdeckung der kurzfristigen teueren, und das verschmäht auch Herr Klaiber nicht. Daß es noch andere Mittel geben kann, wissen wir, daß die Kredite, die die Golddiskontbank vermittelt, keine langfristigen sind, sondern kurzfristige mit langer Laufzeit, wissen wir auch, und ebenso, daß es infolgedessen notwendig sein wird, weiter zu überlegen, ob nicht durch Schaffung eines Institutes oder auf andere Weise wirklich langfristige Kredite der Landwirtschaft gegeben werden können, die billig und, auf die Dauer gesehen, für sie tragbar sind.

Es ist merkwürdig gegangen mit dem Ausschußantrag und den Anträgen meiner Fraktion. In den ursprünglichen Anträgen stand drin, die Regierung möge prüfen, „ob und inwieweit usw.", das ist heute auch vom Haushaltsausschuß vorgeschlagen worden, und es stand als Punkt 2 darin, man möge „tunlichst rasch" einen Vorschlag machen. Dieses „tunlichst rasch" ist dem Regierungsvertreter als eine Art Übereilung erschienen. Jetzt höre ich von Zentrumsseite, von seinen beiden Rednern, daß sie wünschen, daß das „recht bald" geschehe, also „tunlichst rasch" geschehe. Der Herr Kollege Sack hat gemeint, man solle die Sache nicht aufschieben, sie wäre außerordentlich dringend. Ich habe infolgedessen eigentlich erwartet, daß das Zentrum unseren demokratischen Antrag aufnehmen würde, es scheint aber keine Hoffnung darauf zu bestehen. Infolgedessen begnüge ich mich zu sagen, es ist allgemeine Auffassung der Parteien, die gesprochen haben, daß versucht werden muß, irgend etwas zu tun in der Richtung, die angedeutet worden ist, nicht unbedingt so, wie es in Sachsen und in der Pfalz gemacht worden ist, aber etwas zu tun, um langfristige Kredite der Wirtschaft im allgemeinen zu verschaffen, und daß die Regierung möglichst bald in dieser Richtung einen Vorschlag machen soll. Wenn das das Ergebnis der heutigen Aussprache ist, können wir unsererseits durchaus damit zufrieden sein. Wir glauben, daß diese Debatte nicht fruchtlos gewesen ist, und ich bedauere meinerseits nicht, daß eine ausführliche Begründung gegeben worden ist und die Diskussionsreden ausführlich waren, denn der Gegenstand, um den es sich drehte, verdient eine gründliche Behandlung.

Auf das Schlußwort für den Antrag des Haushaltsausschusses wird verzichtet.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses

> Der Haushaltsausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle
>
> 1. beschließen, die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, wie für Industrie, Handel und Gewerbe und die Landwirtschaft langfristige Kredite beschafft werden können, und eventuell dem Landtag Vorschläge zu machen,
> 2. die genannten Anträge der Abg. Scheel und Gen. durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 für erledigt erklären.

nach nochmaliger Verlesung durch den Präsidenten mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Ziffer 5a der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Gesuch des Bundes erblindeter Krieger, Bezirk Baden, Beschaffung von Eigenheimen für Kriegsblinde wird in der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Ziffer 5b der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über das Gesuch des A. Pallmer u. a. in Karlsruhe und der Gemeinden Büchig, Blankenloch u. a., um

Zuschuß für die von A. Pallmer u. a. eingerichtete Kraftfahrlinie Karlsruhe—Spöck

erhält das Wort

Berichterstatter Abg. **Seubert** (Zentr.):

Die Herren Pallmer, Gorenflo und Stör haben eine Autolinie von Karlsruhe nach Spöck eingerichtet. Die Kleinbahn Karlsruhe—Spöck ist von der Stadt abgebrochen worden. Nun sind verschiedene Gemeinden der Hardt ohne direkte Verbindung zu ihrer Amtsstadt. Etwa 2000 Unterschriften haben die Herren zu dem Unternehmen ermuntert. Neben der Personenbeförderung soll auch Milch nach Karlsruhe geführt werden. Infolge der Arbeitslosigkeit ist das Unternehmen nicht mehr rentabel und ist sehr gefährdet. In einer Petition vom 30. Dezember verlangen die Unternehmer einen entsprechenden Zuschuß, in einem Nachtrag vom 1. Februar präzieren sie diese Zuschußforderung auf 3000 Mark für das erste Jahr. Unterm 7. Februar schlossen sich den Autobesitzern die Gemeinden Büchig, Blankenloch, Stafforth, Büchenau und Spöck an. Das Finanzministerium hat den Zuschuß abgelehnt und lehnt es aus grundsätzlichen Gründen ab, da eine solche Kraftwagenlinie nur örtlichen Belangen diene. Die Pflege des Vorortverkehrs, der im vorliegenden Fall gedient werden soll, gehört zum Geschäftsbetrieb der Reichsbahn, teils auch zum Aufgabekreis der Stadt Karlsruhe. Letztere erspare durch Einrichtung der Kraftwagenlinie einstweilen die Verlängerung der elektrischen Straßenbahn über Hagsfeld hinaus. Daß derartige Kraftwagenlinien nur bei vorwiegend günstigen Verhältnissen einen wirtschaftlichen Erfolg zeigen können, habe die Erfahrung in verschiedenen Fällen gelehrt, als Bürge und Träger für Betriebsfehlbeträge kann unmöglich der Staat in Frage kommen. Die zu erwartenden Berufungen im ganzen Lande wären unübersehbar, zumal die Entfernungen der einzelnen in Frage kommenden Hardtorte zur nächsten Bahnstation recht gering sind. Zu seinem Teil trägt der Staat durch Übernahme der auf ihn entfallenden Wegbau- und Unterhaltungskosten bei Einrichtung von Kraftwagenlinien allgemein bei. Die Errichtung der in Frage stehenden Autolinie sei sehr unvorsichtig gewesen. Die Unternehmer hätten heute noch keine Konzession. Die Reichsbahnverwaltung habe Einspruch erhoben, sie habe ihn aber zurückgezogen auf Vorstellung des Finanzministeriums. Die Postverwaltung habe die Verpflichtung, den öffentlichen Autoverkehr einzurichten. Die Gemeinden sollten sich mit der Postverwaltung und mit der Stadt und dem Kreis Karlsruhe ins Benehmen setzen.

Im Ausschuß war allgemein die Meinung, daß die Stadt Karlsruhe, die die Kleinbahn nach Spöck abgebrochen habe und deren Firmen und Steuerzahler die Arbeiter von den Landorten hereinziehen, auch die moralische Verpflichtung habe, auch für eine ordentliche Verkehrsverbindung mit der Amtsstadt zu sorgen. Nicht ganz freizusprechen von dieser Verpflichtung sei auch das Finanzministerium, das den Abbruch der Nebenbahn erlaubt habe. Eine gewisse Verpflichtung haben die Firmen, deren Arbeiter die Autolinie benützen müssen, sodann kämen die beteiligten Gemeinden und der Kreis Karlsruhe in Frage. Den Gemeinden soll die Möglichkeit einer besseren direkten Verbindung mit der Amtsstadt gegeben werden. Die Regierung möge einen Ausweg mit den beteiligten Faktoren suchen.

Ein von Vertretern aller Fraktionen unterzeichneter Antrag **Hofheinz** fand als Niederschlag der Beratung einstimmige Annahme. So habe ich namens des Haushaltsausschusses den Antrag zu unterbreiten:

Der Ausschuß beantragt, der Landtag wolle

1. die Regierung ersuchen, zu prüfen, ob nicht im Benehmen mit der Stadt und dem Kreis Karlsruhe und den übrigen beteiligten Gemeinden den Verkehrswünschen der durch Aufhebung der früheren Lokalbahn Karlsruhe—Spöck geschädigten Hardtgemeinden Rechnung getragen werden kann,
2. obige Gesuche durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 für erledigt erklären.

Die **Beratung** wird eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die **Beratung** wird geschlossen.

Auf das Schlußwort wird verzichtet.

Bei der hierauf folgenden **Abstimmung** wird der Antrag des Haushaltsausschusses nach nochmaliger Verlesung durch den Präsidenten **einstimmig angenommen**.

Zu Ziffer 6 der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Kühn und Gen., Bewilligung von Erstkommunion- und Konfirmationsbeihilfen an Kriegerwaisen usw. (Drucks. Nr. 57)

erhält das Wort

Berichterstatter Abg. **Hofheinz** (D. Dem. P.):

Der Antrag auf Drucksache Nr. 57 lautet in seiner ursprünglichen Fassung:

> Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei den Bezirksfürsorgeverbänden (Bezirksämtern) und bei den verbandsfreien Städten mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß möglichst weitherzig an alle bedürftigen Kriegerwaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten sowie von Sozialrentenempfängern anläßlich der Erstkommunion bezw. Konfirmation außerordentliche Zuwendungen aus Mitteln der gehobenen Fürsorge in angemessener Höhe, d. h. unter Berücksichtigung der Familien-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse und je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit und der Arbeitsbehinderung der Ernährer, gewährt werden.

Dieser Antrag **Kühn** u. Gen. will also, daß die Regierung die Bezirksfürsorgeverbände und verbandsfreien Städte erneut zu weitherziger Unterstützungstätigkeit gegenüber Kommunikanten und Konfirmanden anregt.

Als **Personenkreis** kommen für diese Unterstützung in Betracht: bedürftige Kriegerwaisen, Kinder von Kriegsbeschädigten und von Sozialrentnern.

Mittel werden in dem Antrag für diese unterstützende Tätigkeit keine gefordert, sie sollen aus den Mitteln der **gehobenen Fürsorge** genommen werden.

Bei der Bemessung der **Höhe** der Unterstützung soll auf Familien-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse sowie auf den Grad der Erwerbsfähigkeit der Versorgungspflichtigen Rücksicht genommen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Im Haushaltsausschuß empfahl der Berichterstatter den Antrag zur Annahme, obschon im allgemeinen — und insbesondere in den verbandsfreien Städten — auch die Fürsorgetätigkeit auf dem durch den Antrag genannten Gebiete schon bisher in weitgehendem Maße geübt werde. Immer sei eine Anzahl von sozialdenkenden Menschen vorhanden, die auch in der Gemeinde auf Betätigung in dem gewünschten Sinne hinwirken.

Bestätigt wurde dies durch Zahlen, die von der Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Darnach betrug der Aufwand für Kriegsopfer 1925 in den Monaten Januar bis Mai:

1. In den 40 ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden:
   Im Januar 20 525, Februar 21 048, März 51 234, April 20 520 und Mai 20 684 M.
2. In den 16 städtischen Bezirksfürsorgeverbänden:
   Im Januar 60 687, Februar 57 596, März 123 533, April 45 749 und Mai 62 078 M.

Und der für den vorliegenden Antrag besonders in Betracht zu ziehende Aufwand für hilfsbedürftige Minderjährige betrug im gleichen Zeitraum:

1. Für die 40 ländlichen Bezirksfürsorgeverbände:
   Im Januar 40 185, Februar 52 636, März 121 068, April 54 907 und Mai 69 346 Mark.
2. Für die 16 städtischen Bezirksfürsorgeverbände:
   Im Januar 204 754, Februar 200 646, März 412 781, April 145 706 und Mai 214 235 Mark.

Zu dieser Darstellung aus dem Jahre 1925 weist die Regierung besonders auf die außergewöhnliche Aufwandssteigerung hin, wie sie jeweils gerade in dem Monat März in Erscheinung tritt. Sie betrage durchgehend über 100 % und habe in erster Linie ihre Ursache in der Berücksichtigung von Kommunikanten und Konfirmanden.

Der Antragsteller wünscht in seiner Begründung eine derartige Bemessung der Zuwendungen, daß unter Gruppenbildung je nach Bedürftigkeit 20—50 Mark für den Fall ausgeworfen werde. Die Unterlagen für die Auswahl der Fälle könnten durch Erkundigung bei den Geistlichen leicht beschafft werden. Der Vollzug sei zu kontrollieren, die Verfügung solle Dauercharakter haben.

In der Aussprache wird von allen Seiten die Absicht unterstützt, im Sinne des Antrages weitere Hilfe zu leisten. Von verschiedenen Seiten wird es aber abgelehnt, diese Fürsorgetätigkeit aus staatlichen Mitteln auf konfessionelle Auskünfte zu stützen. Die amtlichen Fürsorgeorgane hätten genügend Möglichkeit, sich zu unterrichten. Es solle im Volke nicht der falsche Eindruck entstehen, als ob man sich zum Zwecke der Erlangung einer solchen Unterstützung oder Beihilfe besonders nach der konfessionellen Seite „halten" müsse. Kinder von Erwerbslosen seien noch in den Antrag einzubeziehen.

Von kommunistischer Seite wird beanstandet, daß der Antrag auf einen „besonderen religiösen Zeitpunkt" zugeschnitten sei. Die Not sei in den in Frage kommenden Kreisen während der ganzen Schulzeit der Kinder vorhanden; also sei auch die Fürsorge dauernd nötig, wenn schon sie im Zeitpunkt der Schulentlassung verstärkt werden könne.

Von Regierungsseite wird auf die allgemeine Fürsorgetätigkeit für die hilfsbedürftigen Minderjährigen nochmals hingewiesen. In den Bezirksfürsorgeausschüssen säßen überall sozialdenkende und orientierte Personen, darunter vor allem auch Geistliche und Lehrer.

Bezüglich des Aufwandes für Kriegsopfer, der in der Aussprache besonders betont worden sei und in der einen der mitgeteilten Zahlenreihe zum Ausdruck komme, sei noch hervorzuheben:

„Die Kriegsopfer (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene) erhalten in erster Linie durch die Versorgungsämter ohne Rücksicht auf etwaige Bedürftigkeit Militärrenten, auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes. Im Falle der Bedürftigkeit werden aus Reichsmitteln durch die Fürsorgestellen, ebenfalls auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, Zusatzrenten als Ergänzung der Militärrenten gewährt. Soweit darüber hinaus noch ein Bedürfnis hervortritt, haben die Fürsorgestellen auf Grund des § 1 Abs. 1a der Reichsfürsorgeverordnung vom 13. Februar 1924 (RGBl. I Seite 100) helfend einzugreifen. Diese Tätigkeit fällt unter den Begriff der sozialen Fürsorge. Da durch die Gewährung von Zusatzrenten aus Reichsmitteln die Bedürftigkeit in der Regel behoben werden kann, ist der den Fürsorgeverbänden für die soziale Fürsorge der Kriegsopfer erwachsende Aufwand im Verhältnisse zu dem sozialen Fürsorgeaufwand für andere Personenkreise gering.

Die in der bereits übergebenen Aufstellung genannten Zahlen für die Kriegsopfer stellen nicht ausschließlich den Aufwand für die Kinder Kriegsbeschädigter und die Krieger-Waisen dar, sie umfassen vielmehr auch den Aufwand für Kriegsbeschädigte und ihre Angehörigen, sowie für erwachsene Kriegshinterbliebene (Eltern). Der gegenüber den Vormonaten beträchtlich erhöhte Aufwand für die Kriegsopfer im Monat März 1925 ist jedoch erfahrungsgemäß zu einem großen Teil durch die Gewährung von Kommunikanten- und Konfirmandenbeihilfen verursacht."

Auf eine Anfrage, ob die gewünschte Anweisung noch beschleunigt so durchzuführen sei, daß sie für die bevorstehende Ostern wirksam werde, erklärt die Regierung, daß das sehr wohl möglich sei, daß aber bei dem hinauszugebenden Runderlaß betont werden solle, daß die Bezirksfürsorgeverbände bisher schon ihre Pflicht auch auf diesem Gebiete im allgemeinen getan haben; das sei ja auch vom Berichterstatter und in der Aussprache verschiedentlich anerkannt worden.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird

1. ein Antrag Bock, dahingehend:
   statt „anläßlich der Erstkommunion bzw. Konfirmation" zu setzen: „sowohl allgemein während der Schulzeit und insbesondere bei der Schulentlassung"

mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. — Der Antrag ist Ihnen inzwischen als Drucks. Nr. 57b erneut vorgelegt worden.

2. Einstimmig angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, hinter „Sozialrentenempfängern" einzuschalten: „und Erwerbslosen".

In dieser Neufassung wurde der Antrag angenommen.

Ich habe im Namen des Haushaltsausschusses den Antrag zu stellen:

> Der Landtag wolle dem genannten Antrag der Abg. Kühn und Gen. mit der Maßgabe zustimmen, daß hinter „Sozialrentenempfängern" eingefügt wird: „und Erwerbslosen".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zur Begründung des Antrags der Abg. Kühn und Gen. (Drucks. Nr. 57).

erhält das Wort

Abg. Kühn (Zentr.):

Wie die Ausführungen des Herrn Berichterstatters ergeben haben, wurde der Antrag meiner Fraktion (Drucks. Nr. 57) im Haushaltsausschuß einstimmig angenommen — einstimmig, wenn ich die Stimmabgabe des kommunistischen Vertreters nicht in Rechnung stelle (Auf einen Zuruf des Abg. Bock:) Die stelle ich — ich bin wenigstens geneigt, es zu tun — grundsätzlich nicht in Rechnung, weil ich weiß, daß die Herren Kommunisten im allgemeinen keinen Wert darauf legen, hier praktische Arbeit zu leisten (Ironischer Ruf des Abg. Bock: Sehr gut!).

Aus der Stimmabgabe ergibt sich ja, daß der Antrag im großen und ganzen für sich selbst spricht. Verschiedene Umstände geben aber Anlaß, zur Begründung unseres Antrags doch einiges auszuführen.

Wir haben unseren Antrag gestellt aus Erwägungen verschiedener Art.

Wir wollen, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge, oder die Fürsorge überhaupt, soweit man von der gehobenen Fürsorge sprechen kann, möglichst weitherzig an alle bedürftigen Kinder anläßlich der Erstkommunion und der Konfirmation außerordentliche Zuwendungen gewährt. Wir wollen, daß der Landesfürsorgeverband, das Ministerium des Innern, nach außen hin eine gewisse Einwirkung erkennen läßt auf die Fürsorgeverbände, sowohl auf die Städte wie auch auf die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände. Meines Erachtens hat die Allgemeinheit, in diesem Falle der Staat, ein starkes Interesse daran, daß gerade bei derartigen Gelegenheiten in ausgiebigem Maße geholfen wird.

Man kann nun vielleicht den Einwand machen: Ja, es ist ja ohnedies Aufgabe der Bezirksfürsorgeverbände, bei solchen Gelegenheiten zu helfen. Dieser Einwand ist aber nicht ganz richtig, nicht voll stichhaltig. Wir wollen durch die Annahme unseres Antrags etwas mehr. Grundsätzlich muß allerdings die Fürsorge immer dann helfen, wenn die Voraussetzungen dafür in der Hilfsbedürftigkeit gegeben sind. Wir wollen aber, daß auch diejenigen Fälle ergriffen werden, wo die Leute nicht unter dauernder Fürsorge stehen; denn die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Bedürftigen ab und zu einmal bei bestimmten Gelegenheiten allzuleicht übergangen werden.

Es handelt sich hier um eine außerordentliche Maßnahme, um eine Fürsorgemaßnahme zu einem besonderen Zwecke: um den Kindern, Kommunikanten und Konfirmanden, eine angemessene Aussteuer anläßlich der Konfirmation und der Erstkommunion zu geben. Wir wollen auch die Fälle berücksichtigt wissen, wo an sich Hilfsbedürftigkeit nicht besteht, wo aber eine gewisse Anzahl von Gründen dafür spricht, weitherzig den Gesuchen entgegenzukommen.

Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß auch früher schon die Fürsorge in derartigen Fällen geholfen hat. Damals war die Gewährung solcher Beihilfen im großen und ganzen bei der Hauptfürsorgestelle zentralisiert. Es kann gesagt werden — und das wurde auch anerkannt —: man ist dort den Bedürfnissen ziemlich weitherzig entgegengekommen. Ich erkenne auch gerne an, daß im Jahre 1925 in der Gewährung der gewünschten außerordentlichen Zuwendungen manches geschehen ist, daß insbesondere die größeren Bezirksfürsorgeverbände und die größeren Städte fast alles getan haben, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Es sind uns aber doch von verschiedenen Seiten Klagen zugekommen, insbesondere solche aus mittleren und kleineren ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden. Ich möchte auf die Ursachen nicht näher eingehen. Ich möchte auch nicht von der neuen Organisation sprechen und sie etwa dafür verantwortlich machen. Ich glaube auch nicht, daß etwa Mangel an sozialem Sinn, an sozialem Wollen die Ursache war, daß einzelne Bezirksfürsorgeverbände versagt haben, daß sie nicht in vollem Umfang den Bedürfnissen gerecht geworden sind. Das möchte ich nicht sagen; aber Tatsache ist — ich brauche ja die Namen nicht zu nennen, das ist gar nicht notwendig —, daß in einzelnen Bezirken die Leistungen im allgemeinen bei bestimmten Gelegenheiten, z. B. bei der Gewährung von solchen Beihilfen etwas nachgelassen haben.

Und nun, wenn wir den Antrag gestellt haben, dann gehen wir namentlich davon aus, daß zur Zeit die Notlage der Kriegsopfer, auch die Notlage derjenigen, die Sozialrentnerunterstützung erhalten, im allgemeinen noch viel größer ist als in den letzten Jahren, und zwar infolge unserer wirtschaftlichen Entwicklung, infolge unserer heutigen Krisis. Auch das Bedürfnis an sich ist größer, und zwar insofern, als namentlich die Beschaffung von Stoffen in Frage kommt und leider Gottes auch heute noch die Stoffe, die Textilien, im Vergleich zu früher eine wesentliche Verteuerung zu verzeichnen haben. Tatsache ist jedenfalls, daß sehr viele Leute, die in gehobener Fürsorge stehen, der Ausstattung ihrer Kinder mit großer Sorge entgegensehen, weil die eigene Kraft, die eigenen Mittel versagen, weil die Leute im allgemeinen keine Ersparnisse mehr besitzen und weil viele von denen, die in gehobener Fürsorge stehen, heute keine Arbeit und keinen entsprechenden Verdienst mehr haben.

Wir haben unseren Antrag auch ergänzend ausgedehnt auf die Fürsorge für Sozialrentner.

Ich selbst habe auch schon bei der Begründung im Haushaltsausschuß ausgeführt, daß auch die Erwerbslosen besonders bedacht werden mögen. Wir haben auch für den Antrag der sozialdemokratischen Partei gestimmt, der die Hilfsmaßnahme auf die Kinder der Erwerbslosen ausdehnen will. Wir dürfen aber dabei nicht übersehen, daß der größte Teil der Erwerbslosen eben nicht in der gehobenen Fürsorge steht und daß für sie in der Regel eine andere Organisation, die allgemeine Fürsorge, einzugreifen hätte. Das Bedürfnis ist unseres Erachtens heute noch stärker. Deshalb möchte ich auch empfehlen, daß man bei den Kriegsopfern nicht allein an die Kinder der Schwerbeschädigten denkt, sondern in gewissen Fällen auch an die Kinder derjenigen, die eine Erwerbsbeschränkung bis zu 50 % aufweisen. Die Festsetzung der Rente ist ja nicht immer der richtige Maßstab für die Erwerbsbehinderung; man bekommt oft ein falsches Bild, wenn man glaubt, lediglich vom Grad der Erwerbsbeschränkung ausgehen zu können.

Wir wünschen also, daß alle Bezirksfürsorgeverbände hier das erforderliche soziale Verständnis zeigen, daß sie über ihre eigentlichen Aufgaben etwas hinausgehen, und zwar im Hinblick auf die Not und auf den besonderen Anlaß, weil namentlich bei den Kriegsopfern, aber auch in anderen Fällen, am Weißen Sonntag der Verlust des Ernährers oder die Verringerung des Verdienstes ganz besonders schwer empfunden wird. Wir sehen eine weitergehende Fürsorgemaßnahme gewissermaßen auch als einen Akt der Dankbar-

keit gegenüber denen, die nicht mehr da sind, die ihr Leben und ihre Gesundheit hingegeben haben, gegenüber den Kriegsopfern.

Nun ist es richtig: die Zeit ist sehr weit vorangeschritten. Wir haben aber den Antrag bereits am 2. Dezember des vergangenen Jahres gestellt. Ich darf aber wohl auch annehmen — und wir haben darüber ja auch im Ausschuß etwas gehört —, daß da und dort die Vorarbeiten bereits im Gange sind. Wir wünschen, daß namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Konfirmation unmittelbar bevorsteht — der Weiße Sonntag ist etwas weiter entfernt — die Erhebungen für die Durchführung der Gewährung dieser Beihilfen ganz besonders beschleunigt werden.

Wir haben in der Kommission schon den Wunsch ausgesprochen, daß zur Prüfung der Gesuche und namentlich zur Vorbereitung der Beihilfenbewilligung auch die Geistlichkeit der beiden Konfessionen herangezogen werde. Ich halte auch heute diesen Wunsch aufrecht. Selbstverständlich muß die Prüfung und die Bewilligung in erster Linie durch die zuständige Fürsorgestelle erfolgen; aber die Vorbereitung ist Sache der örtlichen Ausschüsse, und zu dieser Vorbereitung braucht man nach meiner Meinung, insbesondere in der Zeit, die jetzt schon erreicht ist, gerade die Mithilfe der Geistlichkeit beider Konfessionen. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß man die Geistlichkeit der beiden Konfessionen bei der Vorprüfung der Gesuche mit heranzieht. So wie die Dinge heute liegen, ist das nach meiner Meinung der schnellste und der beste, auch der zuverlässigste Weg. Ich bin durchaus davon überzeugt, daß die Geistlichen beider Konfessionen auch bei der Vorprüfung derartiger Gesuche absolut objektiv mitwirken werden.

Dann möchte ich aber auch bei dieser Gelegenheit an die Fürsorgestellen draußen den Wunsch richten, daß man insbesondere die Vollwaisen besonders berücksichtige bei dem Ausmaß der Beihilfen, die man gewährt. Denn die Vollwaisen sind durch die unglückliche Entwicklung so mancher Dinge doppelt schwer betroffen. Sie haben in sehr vielen Fällen nicht allein den Vater, den Ernährer, sondern vielfach durch die Inflation auch ihr Mündel-Vermögen verloren, und deshalb sollte man ihnen ein besonderes Entgegenkommen auch innerhalb der Fürsorge erweisen.

Ich möchte auch bitten, daß man namentlich kinderreiche Familien, die es heute wirklich nicht leicht haben, besonders berücksichtigt. Auch möchte ich darauf hinweisen, daß vielleicht da und dort die Möglichkeit bestehen wird, selbst wenn eine Beihilfe nicht am Platze ist, daß man Vorschüsse auf die Rentenbezüge gewährt, um dem tatsächlichen Bedürfnis bei der Konfirmation und am Weißen Sonntag entgegenzukommen.

Wir haben heute wiederum gehört, wie außerordentlich schlecht es unserer Landwirtschaft geht, wir haben auch gehört, daß die Verschuldung der Landwirtschaft in der letzten Zeit bereits schon wieder einen erheblichen Umfang angenommen hat, und da möchte ich auch namentlich bitten, daß man Gesuche aus landwirtschaftlichen Kreisen entsprechend berücksichtigt. Ich kann mich nach dem, was ich da und dort wahrgenommen und gehört habe, des bestimmten Eindrucks nicht erwehren, daß es einige Fürsorgestellen gibt, die Gesuchen aus landwirtschaftlichen Kreisen gelegentlich einmal nicht so ganz mit dem richtigen Verständnis gegenüber stehen. Man sagt, die Leute haben einen gewissen Besitz. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie auch die nötigen Mittel haben, daß sie auch das nötige Einkommen besitzen, wenn eben die Ausgaben an die einzelnen Bedürftigen herantreten. Wir wünschen, daß man individuell vorgeht, und daß eine allgemeine Anleitung hinausgeht.

Bei dieser Gelegenheit darf ich aber auch in aller Kürze — der Zusammenhang ist ja gegeben — ein Wort sagen zur Berufsausbildung unserer Jugend, insbesondere zur Berufsausbildung all derjenigen Kinder, die heute in der gehobenen Fürsorge stehen. Es ist das zur Zeit ein außerordentlich schwacher Punkt —, der sich namentlich sehr schlimm auswirkt in den Kriegsopferfamilien, wo die Frau sich oft nicht zu helfen weiß. Eine Lehrstelle ist in der Regel heute allgemein schwer zu finden, und deswegen halte ich es für notwendig, daß die Fürsorgestellen rechtzeitig die richtige Berufsberatung durchführen, und daß sie auch alles versuchen, um in der Vermittlung von Lehrstellen für Kriegerwaisen und sonstige Mündel das Notwendige, das Erforderliche zu tun. Ich möchte bei der Gelegenheit auch bitten, weil die Fürsorge nicht mehr so zentralisiert ist wie früher, weil zum Teil die Erfahrungen draußen vielleicht auch mangeln, daß man insbesondere in der Berufsfürsorge für Kriegerwaisen auch an besonders begabte Kinder denkt, daß man ihnen entsprechend ihren Leistungen auch den Besuch von höheren Schulen gewährt und sie dort unterstützt. Ich halte das für eine außerordentlich notwendige und dankenswerte Aufgabe.

Nun, noch ein kurzes Wort zu dem Antrag der Herren Bock und Gen. Ich war nach dem Verlaufe der Verhandlungen im Ausschuß einigermaßen erstaunt, daß der kommunistische Antrag hier im Hohen Hause wieder aufgenommen wurde. Das hat mich merkwürdig berührt, das hat mich erstaunt, obwohl ich im allgemeinen über kommunistische Anträge nicht leicht in Erstaunen gerate. Ich habe dem Herrn Kollegen Bock bei den Besprechungen im Haushaltsausschuß doch schon erklärt, daß sein Antrag an sich eigentlich gar nicht notwendig ist. Ich habe im Haushaltsausschuß schon gesagt, der kommunistische Antrag rennt eigentlich offene Türen ein und ich bin auch heute der Meinung, der Schuß geht eigentlich daneben, d. h. er hat überhaupt keine Wirkung; der Antrag ist vollständig überflüssig, so überflüssig wie nur irgend etwas und zwar deshalb, weil das, was der Herr Kollege Bock will, heute überall schon geschieht. Er ist daher gar nicht notwendig. Wer die Verhältnisse kennt, wird mir das ohne weiteres bestätigen. Der Antrag Bock und Gen. entspricht dem Inhalt der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge, und wenn der Herr Kollege Bock die §§ 6, 21 und 23 näher anschaut, wird er genau finden, daß das bereits durchgeführt ist, daß die Fürsorgestellen verpflichtet sind, derartigen Anträgen, wie er es will, von vornherein schon zu entsprechen. Nun wird er mir vielleicht sagen, ja in manchen Fällen hat aber die Fürsorge versagt. Das kann sein; aber Tatsache ist, daß ein sehr zeitgemäßes Beschwerdeverfahren eingeführt ist, und daß durchaus die Möglichkeit besteht, auch in Fällen, wo ungerechterweise eine Ablehnung einmal erfolgt, nachträglich eine Genehmigung des Antrags zu erreichen.

Ich lehne aber mit meiner Fraktion den Abänderungsantrag der Herren Bock u. Gen. auch aus einem anderen Grunde ab. Der Herr Kollege Bock möchte keine Ergänzung unseres Antrags und des Antrags des Haushaltsausschusses, sondern er will einen Abänderungsantrag, er will, daß an die Stelle der Kommunionbeihilfen und an die Stelle der Beihilfen für die Konfirmanden andere Beihilfen gesetzt werden. Er lehnt also unseren Antrag eigentlich ab. Nun

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

habe ich heute die Begründung zu diesem kommunistischen Abänderungsantrag nicht gehört. Ich bin da einigermaßen gespannt, was etwa Neues zur Begründung des kommunistischen Antrages hier vorgeführt werden kann. Ich kann mich aber ablehnend verhalten schon deshalb, weil ich glaube sagen zu dürfen, daß die Absicht des kommunistischen Antrags ja deutlich erkennbar ist. Die Gründe lassen sich wenigstens mit ziemlicher Bestimmtheit vermuten. Es entspringt dieser Antrag dem kommunistischen Geist. Man glaubt, besondere Beihilfen nur aus rein wirtschaftlichen Bedürfnissen gewähren zu dürfen, sie nur rein deshalb nicht gewähren zu dürfen, und nicht bewilligen zu müssen, weil diese Beihilfen eben für den Weißen Sonntag und für die Konfirmation gegeben werden. Deshalb füge ich dem, was ich jetzt gesagt habe, hinzu: Dieser Antrag entspringt sicherlich dem kommunistischen Geiste, nicht aber der sozialen Liebe und dem Geist der Fürsorge, sondern einem ganz bestimmten kommunistischen Hintergrund. Man möchte auch bei dieser Gelegenheit, obwohl die Bedürftigen es spüren würden, eben den kommunistischen antireligiösen Geist auch in die Fürsorge hereintragen. Der Antrag der kommunistischen Partei wird deshalb den wirklichen Verhältnissen und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen in keiner Weise gerecht, und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. Ich bin überzeugt davon, so wie die Verhältnisse liegen, können die Beteiligten uns nur dankbar dafür sein, denn sie hätten nichts von dem Antrag, während sie von unserem Antrag etwas haben, der nahezu einmütig im Haushaltsausschuß genehmigt wurde.

Ich bitte deshalb noch einmal im Namen meiner Fraktion die Regierung, die erforderlichen Anweisungen für jetzt und für die kommenden Jahre ergehen zu lassen. Ich glaube nicht, daß sie in Widerspruch stehen mit den Grundsätzen der Selbstverwaltung, und ich bitte insbesondere, daß die Fürsorgestellen gemeinsam mit der Regierung auch der Berufsberatung und Berufsausbildung der Kriegerwaisen und der sonstigen bedürftigen Minderjährigen die allergrößte Beachtung und Aufmerksamkeit entgegenbringen (Beifall im Zentrum).

Zur Begründung des Antrags Nr. 57a erhält der Herr Abg. Bock das Wort.

Abg. **Bock** (Komm. P.):

Ich war über die Einbringung des Zentrumsantrags durchaus nicht erstaunt, trotzdem er an demselben Übel krankt, an dem der unsrige kranken soll, nämlich daran, daß er offene Türen einrennt. Die Regierung hat sogar mit Zahlen belegt, daß sie jeweils an allen Plätzen, wo sich diese kirchlichen Ereignisse abspielen, eine erheblich größere Summe in der Fürsorge, ausgerechnet für diesen Zweck, bereits jetzt verabfolgt. Man dürfte also fragen: Weshalb, liebes Zentrum, wenn Du nicht Sondergeschäfte machen willst in konfessionellen Angelegenheiten, solche Anträge, nachdem die Regierung im Haushaltsausschuß nachgewiesen hat, daß sie diese Summen bereits jetzt ohne Zentrumsanweisungen ausgibt für diesen Zweck? Ich war aber doch, wie gesagt, nicht erstaunt, daß dieser Antrag trotzdem noch jetzt existiert und als Haushaltsausschußantrag wiederholt wird. Ich war durchaus nicht erstaunt, daß nach den Erklärungen der Regierung der Antrag nicht zurückgezogen wurde, denn dann hätte er ja gar keine Wirkung gehabt, nicht wahr, weil man dann keine Aktion daraus hätte machen können zugunsten der Wohltätigkeitsmission des Zentrums im Lande. Aber so läßt sich immerhin doch nachweisen, daß das Zentrum etwas getan habe. Wenn, wie hier erklärt wurde bezw. im Ausschuß, die Geistlichen die Erhebungen machen sollen (Zuruf: Das habe ich nicht gesagt). Natürlich haben Sie es in der Begründung gesagt (Zuruf: Nein, Mitwirkung); also Mitwirkung der Geistlichen, nicht wahr, darüber sind wir uns doch einig, daß damit die Kirche Geschäfte machen will (Zuruf des Abg. Kühn: Darüber sind wir nicht einig). Zweimal, einmal in der Fürsorge als Mitglieder der Fürsorge, und dann noch einmal als Geistliche. Das müßten merkwürdige Leute sein, die in ihrer Mitwirkung nicht zum Ausdruck bringen würden: Sehet einmal, die Kirche paßt immer auf, wenn es Euch schlecht geht! und das ist das, was uns an dem Antrag nicht gefällt. Der Inhalt gefällt uns, und ich hätte keinen Abänderungsantrag gestellt; wenn wir materiell dagegen wären; dann hätte es genügt, ihn abzulehnen. Wenn man aber dem Antrag den rein ausgeprägten religiösen Charakter nehmen will und beantragt, daß allgemein während der Schuldienstpflicht eben auch solchen, die nicht normal der Fürsorge unterstellt sind und insbesondere bei der Schulentlassung Bekleidung wünschen, entgegengekommen werden soll, so ergibt sich aus diesem Antrag, daß man erstens den Antrag erweitern will und zwar doppelt erweitern will, erstens auf weitere Kreise, und zweitens nicht ausgeprägt auf bestimmte religiöse Tage. Deshalb ist es sehr schwer, eine Gegnerschaft aus unserem Abänderungsantrag herauszulesen. Wenn diese Absicht besteht, werden wir Ihnen dies schwer machen. Wenn Sie auch unseren Antrag ablehnen, der allgemein und grundsätzlich Hilfe für die Kinder der unbemittelten Kreise fordert, insbesondere bei der Schulentlassung, wenn Sie den ablehnen, müssen wir den Beweis erbringen, daß wir gegen eine Hilfe nicht sind und werden uns der Stimme enthalten. Es wird ein Kunststück sein, wenn Sie dann konstruieren wollen, wir seien gegen die Hilfe an sich. Es lohnt sich nicht, daß man sich der Mühe unterzieht und versucht, einer solchen Sache die ausgeprägt religiöse Fassung zu nehmen und für allgemeine Volkskreise zu erweitern, wenn man gesonnen ist, abzulehnen. Wir hätten uns beide die Arbeit schenken können und ich hätte mir unseren Antrag geschenkt, wenn der andere unterblieben wäre. Nachdem aber trotz der Regierungserklärung dennoch ein Antrag — (auf Zuruf des Abg. Meier-Karlsruhe:) daß Sie beteiligt sind, begreife ich, ich vermisse nur Ihre Unterschrift — eingereicht wird, war es naheliegend, daß wir obendrein einen Abänderungsantrag stellen. Wir erwarten, daß Sie unserem Abänderungsantrag zustimmen, wenn nicht, werden wir uns der Stimme bei Ihrem Antrag enthalten.

Auf das Schlußwort wird jeweils verzichtet.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Bock Gen.

> Die Unterzeichneten beantragen:
>
> In dem Antrag der Abg. Kühn u. Gen., Bewilligung von Erstkommunion- und Konfirmationsbeihilfen an Kriegerwaisen und an Kinder von Kriegsbeschädigten und von Sozialrentnern (Drucks. Nr. 57), ist an die Stelle von „anläßlich der Erstkommunion bezw. Konfirmation" zu setzen: „sowohl allgemein während der Schulpflichtzeit und insbesondere bei der Schulentlassung"

mit allen gegen 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag des Haushaltsausschusses (Drucks. Nr. 57a) nach nochmaliger Verlesung durch den Präsidenten mit allen Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zu Ziffer 7 der Tagesordnung der 21. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Brixner und Gen. Nutz- und Brennholzverkauf aus Staatswaldungen (Drucks. Nr. 42)

erhält das Wort

Berichterstatter Abg. **Seubert** (Zentr.):

Die Abg. **Brixner** und Gen. haben den Antrag gestellt:

> Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu zu ersuchen, das aus den Staatswaldungen zum Verkauf kommende Nutz- und Brennholz wieder wie früher den Käufern bis zum Herbst zinslos zu stunden.

Ich verweise auf Drucks. Nr. 42.

Wie der Antragsteller im Ausschuß ausführte, verfolge er die Absicht, zinslose Borgfrist bis 1. Oktober zu erhalten, wie es in der Vorkriegszeit üblich gewesen ist. Bei den Handwerkern sei das Geld sehr knapp, die Kunden könnten vor dem Spätjahr nicht zahlen, daher sei der Wunsch auf zinslose Stundung bis 1. Oktober umso berechtigter. Die landwirtschaftlichen Organisationen drängen übrigens auch auf Verbilligung. Die Abfuhr hätte früher gegen Bürgschaft erfolgen können, in der Nachkriegszeit sei dies aber nur gegen Barzahlung gestattet worden. Neuerdings sei es hierin allerdings besser geworden. Das Handwerk wünsche aber doch zinslose Stundung des vor dem 1. Januar verkauften Holzes bis 1. September und des nach dem 1. Januar verkauften Holzes bis 1. Oktober. Die Zahlungsvorschriften der Forstverwaltung seien durch die Anweisung vom 30. November erträglicher geworden. Wären dieselben früher bekannt geworden, so wäre der Antrag wohl nicht eingebracht worden.

Über den Antrag entspann sich im Haushaltsausschuß eine lebhafte Aussprache. Die Forstverwaltung hat ohne Kenntnis dieses Antrags am 30. November 1925 eine neue Regelung der Bedingungen erlassen, durch die den Anregungen des genannten Antrags zum großen Teil entsprochen wird. Die Hauptmerkmale dieser Zahlungsbedingungen sind:

Wenn die Kaufsumme unter 500 Mark beträgt, ist die Zahlungsfrist 3 Monate, jeweils ab 15. des gleichen oder 1. des folgendes Monats ab. Zins wird nicht berechnet.

Wenn die Kaufsumme größer ist als 500 Mark, ist die Zahlungsfrist für eine Hälfte der Schuld in 3 Monaten, für die andere Hälfte in 6 Monaten ebenfalls ab 15. des gleichen, bezw. 1. folgenden Monats. Stundungszinsen werden erhoben 0,6% vom Monat, das sind 7,2% pro Jahr.

Zahlt der Käufer nicht innerhalb der Stundungsfrist, so werden Verzugszinsen berechnet. Bei Beträgen unter 500 Mark von 7,2% pro Jahr, bei Beträgen über 500 Mark von 12% pro Jahr. Nach Sicherheitsleistung (Bürgschaft) wird die sofortige Abfuhr des Holzes gestattet. Die Forstverwaltung hat in der Inflationszeit naturgemäß nur gegen Barzahlung verkauft. Nach Wiedereinführung der festen Währung waren die Zinsbedingungen auf dem allgemeinen Geldmarkt viel schärfer als damals, wurden doch damals nur ganz kurzfristige Kredite zu einem Bankzinsfuß von 8—10% pro Monat gegeben.

Die ersten Zahlungsbedingungen der Staatsforstverwaltung nach Beendigung der Inflation haben bei Schuldbeträgen unter 100 Mark Barzahlung in 3 Wochen, bei Beträgen über 100 Mark von ⅓ in einer Woche, ⅓ in 3 Wochen und ⅓ in 6 Wochen vorgesehen.

Mit der Konsolidierung der Verhältnisse hat die Forstverwaltung ihre Zahlungsbedingungen immer mehr erleichtert. Sie gewährt heute, verglichen mit der sonstigen Wirtschaft, weitgehende Borgfristen; der Stundungszins ist niedriger, wie der derzeitige Reichsbankdiskont von 8% und die noch weit höheren Zinsen der Banken. Eine Borgfrist von etwa 9 Monaten würde völlig aus dem Rahmen des allgemeinen Geldmarktes fallen. Übrigens wurde in den Jahren vor dem Krieg nicht mehr eine Zahlungsfrist bis Martini, sondern nur noch von höchstens 6 Monaten ab Verkaufstag gewährt. Die Staatsforstverwaltung kann natürlich nicht allzusehr von den Bedingungen der übrigen Wirtschaft abweichen, zumal bei der heutigen Wirtschaftslage die Gefahr besteht, daß während einer allzulangen Borgfrist die finanziellen Verhältnisse der Käufer und Bürgen sich völlig verändern und dadurch dem Staat große Verluste erwachsen könnten.

Die Verkäufe mit Beträgen unter 500 Mark umfassen das ganze Brennholz und den großen Teil des an Handwerker und Selbstverbraucher abgesetzten Nutzholzes. Auch bei diesen Verkäufen könnte auf eine Verzinsung nicht mehr verzichtet werden, wenn die Zahlungfrist länger wie 3 Monate wäre.

Würden sofort die Zahlungsfristen um mehrere Monate verlängert werden, so würden während einer entsprechend langen Zeit der Forstkasse keine Einnahmen zufließen, während andererseits die stark gestiegenen Betriebsausgaben jeweils bar ausbezahlt werden müssen. Auch würde die allgemeine Staatskasse die Überweisung der Reinerträge bei der heutigen Finanzlage während längerer Zeit nicht leicht vermissen können.

Der Staatswald umfaßt nur $^1/_5$ der Gesamtwaldfläche, die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften besitzen eine nahezu 3 mal so große Fläche. Gerade von den Gemeinden wird aber darauf hingewiesen, daß für ihre gespannte Finanzlage selbst die jetzigen staatlichen Zahlungsbedingungen zu weit gingen.

Der Antrag will vor allem eine Erleichterung für die Handwerker und Brennholzkäufer.

Die Verwertung dieser Hölzer findet in der Hauptsache in den Monaten Dezember bis März statt, geht also jetzt ihrem Ende zu. Selbst wenn also sofort eine Zahlungserleichterung zugestanden würde, käme nur noch ein kleiner Teil der Käufer in ihren Genuß.

Eine etwaige Änderung der Bedingungen sollte nicht am Schluß der Einkaufsperiode erfolgen. Bis zum Beginn der neuen Einkaufszeit im Herbst kann die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder mehr übersehen werden und es wird dann — wenn nicht schon vorher Anlaß besteht — die Forstverwaltung die Frage der Zahlungsbedingungen erneut prüfen.

Von der Bürgerlichen Vereinigung wurde betont, daß, je günstiger die Zahlungsbedingungen, desto höher die Preise; daher sei der Antrag **Brixner** anzunehmen. Von sozialdemokratischer und von Zentrumsseite wurde darauf hingewiesen, daß die ärgsten Drauflosbieter nicht auch die besten Zahler seien. Das Risiko sei bei zu langer Borgfrist doch zu groß. Der Staat dürfe nichts herschenken, sich auch nicht der Gefahr aussetzen, durch den etwaigen Bankerott von Steigerern und Bürgen sein Geld zu verlieren. Man habe auch Rücksicht auf die Gemeinden und Privatwaldbesitzer zu nehmen.

Der Antragsteller hat sich von dem in seiner Begründung angegebenen Endpunkte der Stundung — den 1. Oktober — auf den 1. Juni zurückgezogen, und nachdem der Regierungsvertreter nochmals darauf hingewiesen hatte, daß man jetzt (da fast alle Verkäufe getätigt seien) doch nicht nochmals

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

eine Änderung in den Zahlungsbedingungen eintreten lassen könne, wodurch zweierlei Schuldner und Zahler geschaffen würden, gab er sich mit dem vom Berichterstatter empfohlenen Antrag — der schließlich einstimmig angenommen wurde und den ich auch Ihnen hier zur Annahme zu empfehlen habe — zufrieden.

Dieser Antrag des Haushaltsausschusses lautet:

„Der Ausschuß beantragt, der Landtag wolle den Antrag der Abg. Brixner u. Gen., Nutz- und Brennholzverkauf aus Staatswaldungen betr. (Drucks. Nr. 42) durch die Maßnahmen der Regierung und die weiter in Aussicht gestellte Prüfung für erledigt erklären."

Die Beratung wird eröffnet.

Auf die Begründung des Antrags der Abg. Brixner u. Gen. wird verzichtet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung wird geschlossen.

Auf das Schlußwort wird verzichtet.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses:

„Der Landtag wolle den obengenannten Antrag der Abg. Brixner u. Gen. durch die Maßnahmen der Regierung und die weiter in Aussicht gestellte Prüfung für erledigt erklären"

einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 9 der Tagesordnung der 21. Sitz.

1. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Föhr u. Gen., Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkskammer in Konstanz (Drucks. Nr. 88 und 88a)

erhält das Wort

Abg. **Großhans** (Sozdem.):

Namens Ihres Ausschusses habe ich zu berichten über den Antrag der Herren Abg. Dr. Föhr u. Gen. auf Drucks. Nr. 88. Derselbe lautet:

„Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkskammer in Konstanz:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht in Konstanz in Verbindung mit der Handwerkskammer eine Lehrwerkstätte errichtet werden kann."

Der Berichterstatter führte zu dem vorstehenden Antrag aus, daß der Gedanke der Schaffung einer Lehrwerkstätte im Handwerkskammergebäude in Konstanz nicht neu sei. Vor einem Jahre sei über den gleichen Gegenstand verhandelt worden und das Ministerium des Innern habe sich damals bereit erklärt, die Hälfte der anfallenden Kosten zu übernehmen.

Im zweiten Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1925 wurden zu diesem Zweck auch 10 000 Mark angefordert; in letzter Stunde ließ jedoch die Handwerkskammer Konstanz, von der die Anregung zur Schaffung einer solchen Lehrwerkstätte ausgegangen war, wissen, daß sie diese Angelegenheit nicht weiter verfolgen könne. Nähere Gründe für diese Stellungnahme wurden nicht angegeben.

So mußte die Angelegenheit ruhen bleiben; die eingesetzten Mittel wurden damals nicht verwendet.

Die Handwerkskammer in Konstanz lehne heute die Schaffung einer Lehrwerkstätte ab und mit ihr auch die Führer des dortigen Handwerks.

Auch der Gewerbeverein in Konstanz nehme eine ablehnende Haltung ein. Die Handwerksmeister versprechen sich von einer Lehrwerkstätte nicht die Erfolge für die jungen Handwerker, die zwar wünschbar wären, aber auf diesem Wege nicht erreicht würden. Sie wollen die Lehrlinge von allem Anfang an in ihrem Betrieb haben, um sie so in alle, auch die primitivsten Einzelheiten der praktischen handwerksmäßigen Ausbildung allmählich einzuführen und zu den vielgestaltigen Arbeiten heranziehen zu können. Die Handwerksmeister befürchten, daß der Lehrling, wenn er erst ein Lehrjahr in der Fachschule mitgemacht habe, nicht mehr die Beweglichkeit aufweise, sich in die betriebsüblichen technisch-praktischen Ausbildungsarbeiten einzuarbeiten. Der Lehrling sei nicht mehr so biegsam und bilde sich unter Umständen zu seinem Schaden ein, daß er schon etwas könne, bedeute und sei.

Der Antrag Dr. Föhr u. Gen. sage aber vor allem nicht, in welchem Umfang diese Lehrwerkstätte errichtet werden solle: ob für alle Handwerkszweige oder nur für einzelne oder ob nur für einen einzigen Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. In Frage käme wohl zunächst nur die Metallbranche: Schlosser, Eisendreher, Werkzeugmacher usw. Der Ausbau der Lehrwerkstätte zu einer Vollanstalt werde ebenfalls als unzweckmäßig von den Handwerkern abgelehnt. Bereite die Unterbringung der Werkstätte zwar weniger Schwierigkeiten, so sei dies jedoch der Fall, soweit die Unterbringung und Verpflegung der jungen Leute in Frage käme. Das bereits bestehende Konstanzer Lehrlingsheim sei keine ideale Lösung; es sei zu klein und komme auch vom Erziehungsstandpunkte aus nicht in Betracht. Vor allem aber sei auch wichtig die Frage, was mit jenen Schülern der Lehrwerkstätte zu geschehen hätte und geschehen solle, die nach Umfluß des ersten Lehrjahres in der Lehrwerkstätte eine Lehrstelle, in der sie für die nächsten zwei Jahre in ihrem Berufe vollends ausgebildet werden sollen, nicht finden: Für diese Lehrlinge wäre das erste Lehrjahr ein verlorenes Jahr, wenn sie nicht in der Lehrwerkstätte weiter verbleiben könnten.

Vom Berufsstandpunkte aus gesehen, sei aber eine abschließende, handwerksmäßige Ausbildung in dieser Lehrwerkstätte nicht wünschenswert, da sie dem werdenden Handwerker nicht die mannigfaltigen Kenntnisse zu vermitteln vermöge, wie dies in einem privaten Betriebe — wo alle möglichen Arbeiten gemacht werden müßten — der Fall sei. (Abg. Dr. Föhr: Wer hat diese Auffassung?). Der Handwerker! (Abg. Dr. Föhr: Ja, wer war es, der das sagt?). Das sagt der Berichterstatter (Lachen und Zurufe vom Zentrum). Er schildert hier das, was die Handwerker sagen; ich glaube, er darf das (Abg. Rückert: Sehr richtig! — Gegenzurufe vom Zentrum — Abg. Rückert: Was er im Haushaltsausschuß gesagt hat!).

Ein Ausbau der Lehrwerkstätte in dem Maße und Umfange, daß sie eine Lehrstelle bei einem privaten Meister ersetze, sei technisch unmöglich.

Hinzu komme aber noch, daß heute schon in einer Reihe von Berufen, auch der Metallbranche, ein Überschuß an gelernten Handwerksgehilfen zu verzeichnen sei

Alle diese Gründe führten die Handwerksmeister und die Handwerkskammer zur Ablehnung der Lehrwerkstätte, wie sie der Antrag der Herren Dr. Föhr u. Gen. wünscht.

Was die Kostenfrage anlange, so müßte mit einem Aufwand von jährlich 20—25 000 M. gerechnet werden. Notwendig würde gegebenenfalls die Anstellung von ein bis zwei Meistern und eines Lehrgesellen. Hinzu treten dann die laufenden Ausgaben für Material usw., die kaum vermindert werden könnten, da die Lehrwerkstätte im Hinblick auf die dadurch entstehende Konkurrenz wohl kaum produktive Arbeiten in nennenswertem Ausmaße leisten könnte.

Der Antrag Dr. Föhr sei noch nicht vollständig ausgereift. Gegen den Willen der Mehrheit der Handwerker und der Handwerkskammer könne die Lehrwerkstätte aber nicht errichtet werden.

Der Berichterstatter komme deshalb zu dem Antrag: der Haushaltsausschuß wolle den Landtag ersuchen, den Antrag der Herren Dr. Föhr u. Gen. abzulehnen.

Der Antragsteller Dr. Föhr führte zur Begründung seines Antrags aus, daß in Basel eine ähnliche Werkstätte mit gutem Erfolg vorhanden sei. In Frage kämen zunächst nur Lehrlinge, die sich dem Metallarbeiterberuf zuwenden wollen. Es sei aber auch wertvoll, die jungen Leute, die sich heute auf der Straße befänden, einer nützlichen Betätigung zuzuführen. Er (Dr. Föhr) verstehe die Haltung der Handwerkskammer in Konstanz und der beteiligten Handwerkerkreise nicht.

In der nun folgenden Aussprache bestätigt der Vertreter der Regierung die im vergangenen Jahre in der gleichen Sache mit der Handwerkskammer in Konstanz gepflogenen Verhandlungen. Die Meisterlehre könne nicht durch die Lehrwerkstätte ersetzt werden. Übrigens werde die ganze Frage der Lehrlingsausbildung demnächst durch das Reichsgesetz über die Berufsausbildung aufgerollt. Irgend welcher Schaden für den Nachwuchs des Handwerks werde bei Zurückstellung des Antrags der Herren Dr. Föhr u. Gen. nicht entstehen. Im allgemeinen sei heute ein Überangebot an gelernten Arbeitskräften zu verzeichnen. Eine Ausnahme mache nur das Baugewerbe und die mit demselben zusammenhängenden Berufe, dem nicht genügend gelernte Arbeiter zur Verfügung stünden. Die Errichtung einer Lehrwerkstätte aber unter dem Gesichtspunkt einer Notstandsmaßnahme entscheiden zu wollen, wäre verkehrt.

Von sozialdemokratischer Seite wird hervorgehoben, daß die dem Antrag Dr. Föhr zugrunde liegende Idee eine recht gute sei. Der Antrag selbst sei jedoch noch nicht spruchreif. Man könne nur immer wieder im Interesse des Handwerks und der Handwerker wünschen, daß die Lehrlinge eine gute fachgemäße Ausbildung erhielten. Dieses Problem müsse in kurzer Zeit doch eine gründliche Erörterung erfahren, um eine dem Handwerk dienliche Lösung zu finden. Der Antrag des Herrn Dr. Föhr sei aber nur eine Teillösung, die sich am Ende der eigentlichen Regelung der Lehrlingsfrage hindernd in den Weg stelle. Großer Wert sei heute mehr denn je auf die Berufsberatung zu legen, wodurch allein eine gesunde Regulierung des Zugangs zu den verschiedenen Berufen möglich sei und eine Überfüllung des einen oder anderen Berufs vermieden werden könne.

Von seiten der Zentrumspartei wird ebenfalls auf die bevorstehende reichsgesetzliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen, die unumgänglich notwendig sei. Heute seien zu viel Menschen in die höheren Wissenschaften hineingepreßt. Es wäre nur zu begrüßen, wenn dem Handwerk mehr geistig hochstehende Menschen zugeführt werden würden. Der Antrag Dr. Föhr verschlage nichts und sei ein Schritt auf dem Weg besserer Berufsausbildung, den man nicht hindern solle.

Ein Redner der demokratischen Fraktion vertrat ebenfalls die Ansicht, daß der Antrag Dr. Föhr der herankommenden Gesamtlösung des Lehrlingswesens etwas vorwegnehme. Es sei doch die Frage zu stellen, ob eine Lehrwerkstätte den Ausbildungszweck ebenso zu erfüllen vermöge wie ein geordneter Betrieb. Da auch die Handwerker in Konstanz die Errichtung der Lehrwerkstätte ablehnten, könne die demokratische Fraktion dem Antrag Dr. Föhr nicht beitreten.

Ein Sprecher der Deutschen Volkspartei tritt für den Antrag Dr. Föhr ein.

In seinem Schlußwort stellt der Berichterstatter fest, daß es sich in Basel nicht um eine eigentliche Lehrwerkstätte, sondern nur um eine Bastelwerkstätte handle, zu der alle diejenigen jüngeren und älteren Leute Zutritt hätten, die des Abends und in ihren freien Stunden irgend etwas basteln wollten. Mit einer solchen Einrichtung sei dem Handwerk jedoch nicht gedient. In Konstanz habe die Eisenbahnbetriebswerkstätte ihre gut geleitete Lehrwerkstätte leider eingehen lassen. Dies habe wohl den Gedanken der Errichtung einer Lehrwerkstätte bei der Handwerkskammer in Konstanz wachgerufen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters mit 10 Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen 8 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten bei 2 Enthaltungen der Bürgerlichen Vereinigung abgelehnt, und mit der gleichen Mehrheit und Zusammensetzung der Stimmen der Ihnen vorliegende Antrag angenommen, der lautet:

> Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle dem Antrag Dr. Föhr u. Gen. seine Zustimmung erteilen.

Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.):

Ich hätte nicht geglaubt, daß dieser Antrag überhaupt auf Widerstand stoßen würde. An und für sich ist er so harmlos, und er will etwas an sich so Gutes, daß ich nicht begriffen habe, daß sich überhaupt eine Opposition gegen ihn herausbilden konnte.

Der Grundgedanke ist der, daß wir soundsoviel junge Leute haben, die zur Zeit keine Beschäftigung haben, die gerne eine Lehre durchmachen würden, für die aber eine Lehrstelle nicht zu haben ist. Das Bedürfnis ist also vorhanden. Wenn sich nun auf der anderen Seite die Möglichkeit bietet, diesen Leuten eine gewisse Ausbildung zu verschaffen, so glaube ich, es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß man von dieser Möglichkeit Gebrauch macht. Und der Antrag will ja lediglich, daß geprüft werde, ob sich eine solche Möglichkeit biete. Mir will scheinen, daß es doch viel vernünftiger ist, wenn sich die Möglichkeit zu einer Ausbildung der jungen Leute findet, sie in eine solche Lehre, und selbst wenn es nur ein Jahr wäre, zu bringen, als daß man sie herumlungern und physisch und moralisch verkommen läßt.

Der Gedanke, der dem Antrag zugrunde liegt, ist der, daß durch Verhandlungen zwischen der Regierung und der Handwerkskammer in Konstanz untersucht werden soll, ob in Konstanz bei der Handwerkskammer solche Lehrstellen, solche Lehrwerkstätten geschaffen werden könnten. Gewiß ist dabei in erster Linie an Mechaniker und Schlosser gedacht. Wenn aber die Untersuchung ergeben sollte, daß ein Bedürfnis und die Ausführungsmöglichkeit auch bei anderen Berufen vorhanden ist, so bin ich der letzte, der irgend etwas dagegen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sagen wollte. Gerade deswegen ist der Antrag in der allgemeinsten Form gehalten, damit für die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Handwerkskammer absolut freier Spielraum geschaffen ist. Wir wollten in keiner Weise binden, sondern lediglich eine Anregung geben, die von der Regierung und von der Handwerkskammer weiter verfolgt werden kann.

Die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden ist, ist ohne weiteres zu bejahen. Die verehrten Kollegen und Kolleginnen brauchen ja nur die Zeitungen durchzusehen, um dort zu finden, daß in der Öffentlichkeit immer und immer wieder betont wird, wie notwendig es sei, für solche Ausbildungsmöglichkeiten Sorge zu tragen.

Nun wird mir gesagt, daß bei der Handwerkskammer die Möglichkeit vorhanden sei — auch vom Herrn Berichterstatter ist darauf hingewiesen worden, daß bereits vor einem Jahre Verhandlungen gepflogen worden sind — und zwar einmal, weil die Räumlichkeiten für die Errichtung einer Lehrwerkstätte, dann aber auch die Unterbringungsmöglichkeit für die Lehrlinge vorhanden ist. Ich möchte mich aber ganz entschieden gegen das wenden, was der Herr Berichterstatter über die Unterbringung des Lehrlingsheims in Konstanz ausgeführt hat. — Deswegen habe ich meinen Zwischenruf gemacht; die Autorität des Herrn Berichterstatters geht hier nicht soweit, daß ich nun ohne weiteres auf sein Urteil in dieser Sache mich verlassen wollte (Zuruf von den Sozialdemokraten). Jawohl, im Gegenteil, ich bin der entgegengesetzten Meinung, daß das Lehrlingsheim in Konstanz eine verhältnismäßig recht gute Einrichtung ist mit recht guten praktischen Erfolgen. Sie müssen erst einmal etwas anderes dem entgegensetzen können, was ähnliche Erfolge aufweist, ehe sie kommen, um hier vor der ganzen Öffentlichkeit, vor dem badischen Land eine solche Kritik an dem Lehrlingsheim in Konstanz üben zu wollen. Ich möchte mich ganz entschieden gegen dieses Urteil wenden, und gerade deswegen habe ich ausdrücklich noch einmal festgestellt, von wem eigentlich dieses Urteil kommt. Es hatte so den Eindruck gemacht, als ob irgend eine Fachautorität diesen Gegensatz konstruiert hätte (Abg. Dr. Engler: Der Syndikus der Handwerkskammer!). Nein, der hat ganz etwas anderes gesagt. Der Herr Syndikus der Handwerkskammer wird sich dagegen verwahren, daß man ihm hier unterschiebt, er habe gesagt, das Lehrlingsheim in Konstanz sei eine sehr unzulängliche Einrichtung. Aber auch die übrigen Äußerungen, die der Herr Berichterstatter über das Lehrlingsheim in Konstanz gemacht hat, sind meines Erachtens unrichtig; ich werde sie richtig stellen an der Hand eines Briefes (Zuruf: Sie haben aber keine Beweise!). Doch ich habe einen Beweis, denn ich habe einen Brief von der Handwerkskammer zur Hand. Ich werde den Beweis nachher vorlegen, Herr Kollege Engler.

Ich habe gesagt, der Antrag ist deswillen harmlos und hätte keinen Widerspruch herauszufordern brauchen, weil er doch lediglich verlangt, daß einmal dem Gedanken nachgegangen wird, daß geprüft wird. Wenn man glaubt, daß er sich nicht gut realisieren lasse, gut, so wird man ihn eben nicht realisieren. Wenn es sich aber bei der Untersuchung, bei der Prüfung der Frage herausstellt, daß es ein glücklicher Gedanke ist, daß er mit Erfolg verwertet werden kann, dann kann ich nicht einsehen, wie irgend jemand etwas gegen den Antrag haben kann.

Es ist gesagt worden, dieser Antrag laufe gegen die Bestrebungen der Handwerkskammer, und dagegen will ich mich jetzt wenden und will dem Herrn Kollegen Dr. Engler den versprochenen Beweis erbringen. Erstens einmal war ich mir von vornherein schon klar, daß die Auffassung nicht richtig sein kann, weil ein Mitglied der Handwerkskammer in Konstanz persönlich bei mir war und zwar in Freiburg bei mir vorgesprochen hat, also eine lange Reise gemacht hat (Zwischenruf des Abg. Maier-Heidelberg); ein Mitglied der Handwerkskammer Konstanz, und zwar aus dem Präsidium, ist zu mir gekommen, um mich zu ersuchen, diese Dinge doch weiter zu verfolgen. Schon daraus war für mich ersichtlich, daß die Handwerkskammer Konstanz nicht gut gegen diesen Antrag sein könnte; aber ich habe hier ein Schreiben der Handwerkskammer Konstanz selbst, das mir heute morgen zugegangen ist. Dieses Schreiben — ich will es Ihnen jetzt im Wortlaut vorlesen — lautet folgendermaßen:

> Die Handwerkskammer Konstanz hat aus der Zeitung Ihren Antrag auf Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkskammer Konstanz in Erfahrung gebracht. Die Handwerkskammer Konstanz hätte gewünscht, daß Sie, bevor Sie den Antrag stellten, mit ihr ins Benehmen getreten wären, um Ihren Antrag eingehend begründen zu können. Statt dessen mußte sie dem Berichterstatter, welcher persönlich vorsprach, erklären, daß der Antrag, ohne die Handwerkskammer Konstanz davon in Kenntnis zu setzen, gestellt worden sei.
>
> Wir stehen selbstverständlich Ihnen gerne zur Verfügung und geben Ihnen hiermit anheim, das Versäumte nachzuholen.

(Zurufe: Hört, hört! — Zuruf: im Haushaltsausschuß wurde davon gar nichts gesagt! — Zuruf des Abg. Dr. Engler: Doch doch! da können Sie nimmer denken, wenn Sie das sagen! — Widerspruch und Lachen bei der Sozialdemokratie). Damit ist soviel gesagt, ich bin aufgefordert, bei der Handwerkskammer Konstanz mir das Material zu erbitten, um ausführlich den Antrag begründen zu können. Das steht in diesem Brief (Abg. Maier-Heidelberg: und die Bemerkung von der gekränkten Leberwurst!). Das ist ja nicht meine Sache, das ist Sache des betreffenden Syndikus in Konstanz, das geht mich weiter nichts an. Darauf gehe ich nicht näher ein. Ich stelle lediglich aus dem Wortlaut des Briefes das fest, daß die Handwerkskammer Konstanz offensichtlich auch zu dem Antrag steht, und daß sie gerne bereit ist, mir das Material zu liefern, um den Antrag eingehend zu begründen, und wenn ich noch die Möglichkeit gehabt hätte, mir dieses Material von der Handwerkskammer in Konstanz zu beschaffen, so hätte ich selbstverständlich davon Gebrauch gemacht. Aber dadurch, daß der Brief erst heute morgen um ½9 Uhr mir zugegangen ist, war es mir beim besten Willen nicht möglich, das Material zu einer eingehenden Begründung meines Antrags zu beschaffen, das die Handwerkskammer Konstanz mir zur Verfügung zu stellen sich bereit erklärt hat.

Also damit möchte ich der Auffassung begegnen, die der Herr Berichterstatter vertreten hat, als ob die Handwerkskammer Konstanz anderer Meinung sei. Ich stelle im Gegenteil nochmals fest, daß ein Mitglied des Präsidiums der Handwerkskammer in Konstanz persönlich bei mir war und mich gebeten hat, daß ich mich in meiner Fraktion dafür verwende, daß die Sache an die Regierung in diesem Sinne, wie der Antrag es will, weiter gegeben wird (Abg. Maier-Heidelberg: Ein Mitglied des Präsidiums persönlich oder für das Präsidium?). Das Mitglied des Präsidiums war persönlich bei mir (Abg. Maier-Heidelberg: Persönlich?). Ja natürlich! (Abg. Maier-Heidelberg: Die anderen können ja eine ganz andere Meinung haben). Ich habe doch den Brief verlesen, in dem es steht, unterschrieben von dem Syndikus und von dem I. Präsidenten, dem I. Vorsitzenden der Handwerks-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

kammer Konstanz. Wenn Sie jetzt noch behaupten wollen, die Handwerkskammer Konstanz sei anderer Meinung, so verstehe ich Sie nicht. Jedenfalls müssen Sie erst den Gegenbeweis erbringen.

Der Herr Abg. Großhans hat als Berichterstatter sich die Sache recht leicht gemacht. Er hat einfach Behauptungen aufgestellt, ohne einen Beweis zu erbringen. Ich habe den Beweis erbracht aus einer Urkunde, aus einem Schriftstück, das von dem Syndikus und dem I. Vorsitzenden der Handwerkskammer Konstanz mir heute zugegangen ist. Sie können davon Augenschein nehmen (Abg. Maier-Heidelberg: Das, was Sie vorhin vorgelesen haben, beweist gar nichts — Heiterkeit). Herr Kollege Maier, dann hat es ja überhaupt keinen Zweck, mit Ihnen darüber weiter zu diskutieren. Ich wende mich dann an die übrigen Mitglieder des Hauses, von denen ich annehme, daß sie der Überzeugung sind, daß in diesem Antrag wirklich nichts so Böses gesehen werden kann, daß dieser Antrag nur etwas Gutes bezweckt (Abg. Maier-Heidelberg: Herr Kollege Föhr, zum Glauben kann man eben niemand zwingen). Er war so zurückhaltend gefaßt, daß auf keinen Fall dabei etwas verdorben werden kann; im Gegenteil, er gibt eine Anregung, die im Sinne der Handwerkskammer liegt, die im Sinne vieler Leute liegt, die ihre Kinder in eine Lehre bringen möchte. Er gibt eine Anregung, den Versuch zu machen, Verhandlungen einzuleiten; mehr wird zunächst gar nicht verlangt. Ich glaube, in diesem Sinne könnte dem Antrage die Zustimmung gegeben werden. Es hat sich auch im Haushaltsausschuß eine Mehrheit dafür gefunden, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch hier im Plenum des Landtags sich eine Mehrheit finden wird.

Minister **Remmele**:

Es tut mir leid, dem Herrn Vorredner bei seiner Schlußausführung nicht folgen zu können. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob die Sachlage sich so verhält wie im vorigen Jahre bei der Abfassung des Nachtragsetats, bei welcher Gelegenheit wir eine Zuschußposition von 10 000 M. für diesen Zweck im Budget einstellten, oder ob wir jetzt beauftragt werden sollen, unsererseits die Initiative zu ergreifen.

Wenn die Staatsregierung an das Problem herangeht: Errichtung von Lehrwerkstätten, dann kommt nicht nur eine Lehrwerkstätte in Konstanz in Betracht, dann ist das Problem generell aufzurollen, und wir müssen uns darüber klar sein, in welcher Zuständigkeit wir es aufrollen wollen (Zuruf: Sehr richtig!). Die Durchbildung der jungen Leute ist heute Sache der Gewerbeschulen, und die Gewerbeschulen sind dem Ministerium des Innern genommen. Es wird die Frage zu prüfen sein, ob die Gewerbeschulen ihrerseits nun über den Unterrichtsstoff und die Unterrichtszeit hinaus eine Ausdehnung der Ausbildung der jungen Leute erfahren sollen, und wenn wir an die Frage herangehen — Sie bekommen in wenigen Wochen den Etat — dann wird Gelegenheit sein, darüber zu reden. Ich darf Ihnen zwischenhinein sagen, der Schuletat wächst in einem Maße, daß auch Sie Ihre Verwunderung demnächst erleben werden (Hört, hört). Wenn ich mir das also vorstelle, dann liegt in der Tat die Sachlage jetzt anders als im vorigen Jahre.

Wir waren bereit, 10 000 M. zu geben, in einem Falle, wo eine Handwerkskammer, die ihrerseits bereit war, so etwas zu machen, unter Aufbringung eigener Opfer an die Arbeit gehen wollte. Dann hat aber die Handwerkskammer in Konstanz unterm 26. Dezember geschrieben — meines Wissens ist davon im Ausschuß Mitteilung gemacht worden — der Vorstand habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, die geplante Lehrwerkstätte nicht zu errichten, da den Herren der Geschäftsleitung nicht zugemutet werden könne, unter persönlichen Opfern ihre verantwortungsvolle Arbeit einer Einrichtung zuzuwenden, die, wie bestimmte Anzeichen erkennen lassen, nur auf Undank und Unverständnis eines Teiles des Handwerks stößt, wir ziehen daher unsere diesbezüglichen Anträge zurück (Hört, hört!). Was die Grundlage gebildet hat zu dem Brief, davon haben wir nichts erfahren, aber jedenfalls steht soviel sicher, daß, wenn wir von uns aus die Initiative entwickeln, wir einem Teil der Herren der Handwerkskammer entgegenkommen und ein anderer Teil nach wie vor der Sache ablehnend gegenüberstehen wird, zum Teil deswegen, weil sie persönliche Opfer nicht bringen wollen und Beiträge nicht leisten wollen und das Ende aller Betrachtungen müßte sein, daß die Sache mit Staatsmitteln ganz generell gemacht wird. Und wenn es darauf hinausläuft, komme ich zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen zurück, dann ist es keine Frage von Konstanz mehr, dann muß die Frage generell aufgerollt werden und der geeignete Zeitpunkt dafür wird die Budgetberatung sein, sei es bei der Pflege des Handwerks oder bei der Angelegenheit Schule.

Abg. **Goerlacher** (Zentr.):

Seit vielen Jahren bin ich Mitglied der Handwerkskammer Konstanz und infolgedessen in der Lage, näheren Aufschluß zu geben. Der Antrag, von dem der Herr Minister sprach, der ursprünglich gestellt worden ist, ging von der Handwerkskammer Konstanz aus. Die Handwerkskammer Konstanz beabsichtigt seit Jahren, im Untergeschoß des Kammergebäudes eine Lehrwerkstätte einzurichten, für Mechaniker und Schlosser. Es ist nicht daran zu denken, wie der Herr Antragsteller Dr. Föhr gemeint hat, für die verschiedenen Berufe eine Werkstätte einzurichten, schon deshalb, weil kein Raum und Platz für die Maschinen vorhanden, und viel zu viel Geld und Lehrkräfte nötig wären. Es handelt sich nur um Schlosser und Mechaniker. Der Antrag Dr. Föhr, den ich auch mit unterschrieben habe, geht mehr von seiten der Eltern aus, die ihre Jungens bei einem Meister nicht unterbringen können. Wir haben in Villingen und Konstanz eine Eisenbahn-Lehrlingswerkstätte gehabt — Herr Kollege Großhans wird es bestätigen — in Villingen allein mit etwa 20 Lehrbuben, Söhne aus Eisenbahnerfamilien. Diese Werkstätten haben aufgehört. Schon seit Jahren ist ein Überangebot von Lehrlingen vorhanden. Ich kann Ihnen versichern, daß ich z. Zt. wöchentlich 1—2 mal angegangen werde, einen Burschen in die Lehre aufzunehmen. Ich muß alle abweisen, wie es mir geht, geht es allen Schlosser- und Mechanikermeistern in Villingen und Umgebung. Wir haben ein Überangebot an Lehrlingen (Zuruf: Es sind meistens Arbeitslose!). Von dem Gedanken ausgehend, ist ein Vorstandsmitglied der Handwerkskammer an Herrn Dr. Föhr herangetreten. Ich habe den Antrag unterschrieben, wenn die Regierung Mittel bereitstellen könnte, der Antrag ist so harmlos, im Interesse der Eltern und Lehrlinge würde ich es begrüßen, wenn er angenommen wird. Nicht alle Handwerkmeister sind meiner Meinung. Aber aus andern Gründen, Herr Kollege Maier, aus Egoismus (Zuruf: Den wollt Ihr doch bekämpfen!). Die Lehrmeister wollen sich nicht die ersten zwei Lehrjahre mit einem Lehrling abplagen, um ihn dann in diese Lehrlingswerkstätte abzugeben. Infolgedessen sind die Handwerksmeister zum Teil dagegen. Der Schlosserlehrling hat Aussicht, an die Bahn zu kommen oder Chauffeur zu werden. Wenn einer Chauffeur, Loko-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

motivheizer oder -Führer werden will, muß er eine Mechaniker- und Schlosserlehre durchgemacht haben. Aus dem Grund ist, wie gesagt, das Überangebot an Lehrlingen außerordentlich groß bei unserem Handwerk und von dem Gedanken heraus ist der Antrag entstanden, von dem Gedanken heraus wäre es zu begrüßen, wenn die Werkstätten zustande kämen.

Nun sagt der Herr Kollege Großhans, daß ein Überangebot an allen Arbeitskräften sei, nur an Gipsern ein Mangel. Das trifft z. Zt. zu. Warten Sie einmal ab, wenn das Geschäft wieder einigermaßen einsetzt, ist bald wieder Mangel an tüchtigen und brauchbaren Schlossern oder Mechanikern.

Was die Äußerung des Herrn Kollegen Großhans zum Lehrlingsheim anlangt, möchte ich sagen: Mit viel Mühe und Sorge ist vom Präsident der Handwerkskammer, Herrn Sauter, das Lehrlingsheim ins Leben gerufen worden in einer Zeit, wo die Betriebsmittel sehr knapp waren, in der Zeit der Inflation. Als Handwerker bin ich gottfroh, daß wir die Anstalt haben, wo die Lehrlinge, katholische und protestantische, nicht nur ihr Essen bekommen, sondern Unterschlupf haben, und sich nach Feierabend aufhalten können; zu diesem Zweck hat der Präsident mit großen Opfern dieses Heim gegründet. Ich bin der Meinung, daß eine abfällige Kritik deshalb unangebracht ist.

Ich meine, wir können diesem Antrag zustimmen, er will ja nur, daß in eine Prüfung eingetreten wird. Regierung und Handwerkskammer sind nach keiner Seite hin gebunden, jeder Teil kann ablehnen. Wie der Herr Minister uns soeben mitgeteilt, sind Mittel nicht vorhanden. Das dürfte allerdings nicht ausschlaggebend sein, wenn die Handwerkskammer die Errichtung einer solchen Werkstätte als ein dringendes Bedürfnis empfehlen würde.

Abg. **Lang** (Bürgerl. Ver.):

Sie werden erstaunt sein darüber, daß das Handwerk in dieser Frage sich nicht einig ist. Es ist nicht zu verwundern, weil auch die Mitglieder des Hauses, die Handwerker sind, selbst zu der Frage verschiedene Ansichten äußern. Ich gehöre zu denen, die sagen, vor allen Dingen die Meisterlehre. Das ist die richtige Lehre, die Meisterlehre hat sich bewährt durch Jahrhunderte hindurch. Wenn Sie an alten Kunstwerken sehen, wie in der Zeit der Zünfte wunderbare Gegenstände geschaffen werden konnten, so war das nur möglich durch eine tüchtige und intensive Meisterlehre. Wir müssen sagen, daß dort die Meister- und Lehrlinge im Denken und Fühlen beim Schaffen waren und sich erfreuten, wenn sie einen Gegenstand aus ihrer Handarbeit hervorgehen sahen (Zuruf des Abg. Freidhof: „Die Zeiten sind vorbei!").

Die Zeiten sind gewiß vorbei. Aber wolle Gott, es käme wieder so, daß wir Freude am Entstehen und Entwerfen von Gegenständen haben! Denn heutzutage ist doch der Arbeiter in der Industrie zur Maschine geworden; das wird doch niemand bezweifeln oder bestreiten wollen, und Sie werden nicht in der Lage sein, das Gegenteil zu beweisen.

Gewiß soll auch die Meisterlehre diejenige sein, die den jungen Mann zum tüchtigen Arbeiter macht. Nun hat aber der Herr Kollege Goerlacher gesagt, daß der Zustrom zum Metallgewerbe ein sehr großer sei; er hat ausgeführt, man müsse sogar davor warnen, daß diesem Gewerbe noch weitere Kräfte zugeführt werden. In dieser Beziehung hat das Arbeitsamt Karlsruhe eine Reihe von Erhebungen veranstaltet; die Zusammenstellung der Ergebnisse dieser Erhebungen sind gerade in diesem Zusammenhang sehr interessant. Es sind in Karlsruhe 746 Knaben aus der Schule zur Entlassung gekommen; von diesen 746 Knaben hatten 500 einen bestimmten Berufswunsch, und von diesen 500 hat sich dann die Hälfte — also nicht weniger als 250 — dem Metallgewerbe zugewendet (Lachen und Zurufe links).

Besonders interessant ist aber an diesen Erhebungen, daß gerade zu demjenigen Gewerbe, das im wahren Sinne des Wortes ein Zukunftsgewerbe darstellt, nämlich zum Baugewerbe, sich verdammt wenig dieser jungen Leute gemeldet haben. Ich gebe hier die Zahl der Meldungen wieder: als Gipser haben sich gemeldet 2; zum Glasergewerbe 1; zum Malergewerbe 12; zum Maurergewerbe keiner! zum Zimmermannsgewerbe keiner (Zurufe vom Zentrum: Sie werden zu schlecht bezahlt!). Es liegt nicht an der Bezahlung! Im Bauhandwerk werden tüchtige Arbeitskräfte gesucht und sie werden gut bezahlt; sie erhalten sogar eine Bezahlung weit über den Tarif hinaus (Abg. Bock: Aber nur während der Saison — nachher können sie Schnee schaufeln! — Weitere Zurufe links).

Weiter ergibt und besagt auch diese Zusammenstellung ganz genau (Auf Anrufe:) doch, ganz genau!, daß vor dem Metallgewerbe gewarnt werden sollte. Gerade aber, wenn diese Schule, wie sie beim Antrag der Abg. Dr. Föhr u. Gen. in Rede steht, errichtet werden sollte, werden sich noch viel mehr dem Metallgewerbe zuwenden; dann aber wird die Notlage nur noch größer werden: weil die Verdienstmöglichkeit beim Metallgewerbe fehlen wird.

Wir — und dabei spreche ich für das Gros der Handwerker und Handwerksmeister — wir sagen uns: Die Meisterlehre in Verbindung mit der Gewerbeschule ist das Richtige, sie gibt den richtigen Lehrgang und die angemessene Ausbildung. Bedauerlicherweise fehlt aber meistens der Kontakt zwischen den beiden genannten Faktoren, sie verstehen sich nicht recht; das Handwerk müßte vielmehr mit der Gewerbeschule — und die Gewerbeschule wieder vielmehr in Fühlung mit dem Handwerk arbeiten.

Deshalb müssen wir sagen: Diesem Antrag der Abg. Dr. Föhr und Gen. können wir nicht zustimmen, wir stimmen gegen ihn.

Wir können aber nicht glauben, was der Herr Minister des Innern gesagt hat: das Handwerk scheue sich vor persönlichen Opfern (Minister des Innern Remmele: Das habe ich nicht gesagt! — Weiterer Zuruf: Nur von Konstanz!). Ich muß sagen, das Handwerk scheut sich durchaus nicht vor persönlichen Opfern; es scheut nur deshalb vor der Ausführung eines solchen Gedankens zurück, weil eine Schule von der Art, wie sie hier verlangt wird, uns nichts bringen würde als Lehrbubenstudenten, die, sobald sie dann in die Lehre kämen, glauben würden, mehr zu wissen und zu verstehen als die Gesellen und der Handwerks- und Lehrmeister selbst. Hier liegt der Grund, weshalb wir gegen diesen Gedanken sind.

Abg. **Bock** (Komm. P.):

Wenn doch — wie das vorhin vom Herrn Abg. Dr. Föhr behauptet worden ist — der Antrag so ganz harmlos und selbstverständlich ist, dann berührt es immerhin sehr verwunderlich, daß im Ausschuß eine so starke Minderheit (dieser ganze linke Flügel!) sich dagegen ausgesprochen hat; denn alle, die dort zu dieser Angelegenheit das Wort nahmen, erklärten ja zunächst, daß sie grundsätzlich für Lehrwerkstätten sind: wie ist es dann zu erklären, daß sie schließlich dennoch gegen den Antrag stimmten?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Das hat seine sehr, sehr berechtigten Gründe. Ich möchte sagen: Jeder wahre Freund von Lehrwerkstätten muß den Antrag ablehnen. Ich will gar nicht darauf eingehen, daß es ein Unding ist, nachweisen zu wollen, das Handwerk in Konstanz wünsche diese Lehre, während es doch einen dafür ausgesetzten Betrag nicht benutzt hat. Das ist eine Tatsache, die so stark ins Gewicht fällt, daß all die anderen Gegenbeweise — von denen man gar nicht weiß, woher sie kommen — dagegen nicht aufzukommen vermögen.

Es ist schon sehr wesentlich, wenn hier erklärt wird, es bestehe eine Überfüllung in der Metallindustrie in Konstanz, es seien dort stellungslose Mechaniker und Schlosser; das ist etwas, das, wie gesagt, sehr wesentlich ist und mit in Betracht kommt. Denn man kann nicht ohne weiteres immer nur Leute ausbilden und ihnen nachher sagen: „Jetzt geht stempeln! das Handwerk kann euch nicht unterbringen, dem geht es selber schlecht!" Deshalb ist diese Tatsache durchaus beachtlich.

Nun ist aber die Behauptung nicht wahr, daß es an Arbeitern in diesen Berufen — nämlich der Schlosser und Mechaniker — in guten Zeiten zu wenig gewesen seien. Ich bin selbst auch lange Jahre in der Metallindustrie tätig gewesen und habe sie gründlich kennen gelernt. Damals aber war es auf der Landstraße geradezu ein stehender Satz: Schlosser gibts wie Sand am Meer. Auch jetzt wieder ersehen Sie aus den erwähnten Erhebungen des Arbeitsamts, daß man dem Schlosser- und Mechanikerberuf nicht als Beruf zustrebt — sondern als einem Durchgangsberuf zu anderen Berufen. (Abg. Goerlacher: Das stimmt nicht, Herr Kollege Bock, weitaus nicht! — Zuruf von Abg. Rückert). Sie wissen doch auch, daß es den Beruf eines „Schlossers" eigentlich überhaupt nicht mehr gibt: In der Metallindustrie hat sich eine ungeheure Arbeitsteilung herausgebildet oder sagen wir: es ist eine Arbeitsteilung in ungeheuerem Umfange vorgenommen worden. Abnehmer für die ausgebildeten „Schlosser" ist aber eben die Metallindustrie — nicht etwa der Handwerksmeister. Diese Handwerksmeister brauchen eigentlich einen Schlosser überhaupt nicht mehr! und warum? weil sie Schlösser und ähnliche Dinge gar nicht mehr anfertigen. Die Zeiten, in denen man derartiges herstellte, sind längst vorbei.

Wenn man also Lehrwerkstätten verlangt, so geschieht das deshalb ausgerechnet aus dem Grunde, weil das Handwerk gar nicht mehr so weit (wie man das früher auffaßte) Handwerk ist, weil es nur als Hilfs- und Reparaturwerkstätte in Betracht kommt, so daß es in einem der genannten Berufe einen jungen Menschen nicht mehr allseitig ausbilden kann. Von einer solchen vielseitigen Ausbildung kann heute keine Rede mehr sein. Das zeigt sich auch darin, daß ein Handwerksmeister selber auch nicht einmal seinen tüchtigsten Lehrling, sobald dieser ausgelernt hat, verwenden kann, ehe dieser Lehrling nicht durch eine ganze Reihe von Städten gewandert ist und auch noch weitere Arbeitsmethoden des gleichen Handwerks kennen gelernt hat: erst dann, wenn das geschehen ist, erst dann ist er ein vollgültiger Geselle. Immer und immer erleben wir es, daß der ausgebildete Lehrling, also der neu gewordene Geselle, für den Meister gar nicht mehr als Geselle brauchbar ist — aus dem einfachen Grunde, weil er eben nur dasjenige arbeiten kann, was er in der Werkstätte gelernt hat.

Mit Recht fordert man also Lehrwerkstätten. Aber dabei denkt man an Lehrwerkstätten in großzügigerem Maßstabe, an Lehrwerkstätten, die auf irgend etwas Rationellem, auf der Grundlage eines Betriebs und irgendwie aus der Praxis heraus aufgebaut sind, damit eine in einer solchen Werkstätte zurückgelegte Lehre auch tatsächlich eine vollgültige ist, durch die dem jungen Mann, der sie durchlaufen hat, ermöglicht wird, das erlernte Handwerk vollständig zu beherrschen und damit sein Brot zu verdienen.

Hier in Konstanz aber wird durchaus nicht das geboten, was ich eben als den Inhalt der Forderung nach Lehrwerkstätten dargelegt habe; was hier geboten wird, ist etwas ganz Merkwürdiges. Wenn man von dem Begriff der Lehre ausgeht, so gibt es eine „Lehr"-Werkstätte doch eigentlich nur in folgenden Fällen: Entweder ist diese Lehrwerkstätte ein Ersatz der privaten Lehre, um weitgehender auszubilden — oder aber ich kann mir auch noch den weiteren Fall denken: nach einer privaten Lehre, die eben nicht die volle Vertrautheit mit dem betreffenden Handwerk zu vermitteln vermochte, tritt sie in Tätigkeit, und die darin zugebrachte Zeit gilt als weitere Ausbildung. Aber eine Lehrwerkstätte als „Vorkurs" ohne Verbindung mit einem Betrieb, das würde etwas ergeben, was hier sehr richtig mit dem Ausdruck „halbes Handwerkstudententum" charakterisiert wurde; damit ist nichts geboten! Eine solche Lehrwerkstätte gibt dem werdenden Lehrling nichts und sie gibt auch dem Handwerksmeister nichts. Der Meister wird dem Lehrling die Zeit nicht in Anrechnung bringen, die er in einer solchen Lehrwerkstätte zugebracht hat, weil er dort ja gar nichts lernte, was der Meister wirtschaftlich verwerten kann. Denn für den Meister ist eben doch nicht in erster Linie der Wunsch maßgebend, aus dem Lehrling einen tüchtigen Gesellen zu machen, sondern die übergroße Zahl der heutigen Handwerksmeister sieht sich eben nach der billigen Arbeitskraft um (Redner wendet sich zu Abg. Goerlacher:) Ihnen selber als Handwerker ist es doch nichts Unbekanntes, daß es sogenannte Lehrlingsquetschen gibt, die sich anderen Betrieben gegenüber als Schmutzkonkurrenz auftun (Zuruf des Abg. Goerlacher); sicherlich ist es auch Ihnen bekannt, daß sehr viele Handwerksmeister gerade gegen diese Erscheinung Sturm laufen; sie verlangen, es solle eine Bemessung oder Begrenzung hinsichtlich der Zahl von Lehrlingen stattfinden, um dadurch zu verhindern, daß auf Grund des Vorhandenseins solcher Lehrlinge in einem Betriebe dann vom Betriebsinhaber bei Submissionen mit Unterbietungen gearbeitet wird. Das ist eine bekannte Erscheinung und sicherlich auch von Ihnen schon oft kritisiert worden. —

Es ist also ausgeschlossen, daß die Lehre „ausbilden" kann. In der Regel kann sie es heutzutage nicht mehr, weil die Entwicklung der Technik schon viel zu weit fortgeschritten ist. Einen glänzenden Beweis für diesen Gedanken habe ich im „Badischen Beobachter" gelesen. Hier schrie der Herr Abg. Dr. Schofer, es müsse mehr Schwarzbrot gegessen werden; das „rette unseren Bauernstand"; außerdem sei es das Gesündeste! Das letztere ist nun eine Frage für sich. Ich bin der Auffassung: Wenn in solchem Umfange wie es heute geradezu im Weltmaßstabe geschieht, daß nämlich ganze Völker sich dem Genusse von Weißbrot zuwenden —, dann ist dafür eine Erklärung zu suchen. In diesem Falle ist die Erklärung außerordentlich leicht zu geben: Tausende und Abertausende sind vom Lande in die Stadt und damit in eine Arbeit hineingekommen, die nicht mehr wie die Landarbeit rein physisch ist, sondern die geistige Anstrengungen mit sich bringt und Nervenverbrauch bedingt; die Ernährungsphysiologie und -psychologie hat sich geändert und deshalb haben die Leute sich dem Weizenbrot zugewendet, das leichter verdaulich ist oder sich dem Körper als zuträglicher erweist. Dieser Vorgang ist einfach eine Tatsache, mit der man sich abfinden muß. Aber gerade, indem ich das feststelle, will ich sagen: Im „Badischen Beobachter" wurde die Behauptung vertreten: Schwarzbrot ist

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

etwas Erstklassiges, aber — wurde hinzugesetzt — es gibt ja gar keinen Bäckermeister mehr, der Schwarzbrot backen kann! Das wurde ganz generell, ganz positiv dort erklärt. Es wurde dort geschrieben: was heute als Schwarzbrot verkauft wird, ist kein Brot. Es wurde nachgewiesen; die Kunst ist ausgestorben, daß Bäcker noch Schwarzbrot backen können. Darüber mögen Sie sich mit der Redaktion des „Badischen Beobachter" auseinandersetzen. Ich finde nur, daß es eine kompetente Feststellung ist, die für sehr viele andere Handwerke in ähnlichem Maßstab durchaus auch gilt.

Es ergibt sich also auch aus dieser Feststellung: Lehrwerkstätten sind erwünscht und sind dringend nötig, und es ist zu wünschen, daß sie bald geschaffen werden, und daß man als Übergang dazu auch in den Volksschulen, die in den Industriegebieten liegen, die Materialkunde einführt, die Technik des Gewerbes, in dem die Leute ihr Leben zubringen müssen. Aber gerade weil die Lehrwerkstätte, wie sie hier gefordert ist, eine Spielerei ist, die den Gedanken nur zerschlägt, weil sie weder dem Handwerk noch dem Gesellen etwas bieten kann, der durch sie wandern soll, deshalb muß sie jeder ablehnen, der grundsätzlich ein Freund einer sehr gründlichen und tüchtigen Ausbildung des werdenden Handwerkers ist. Was nötig ist, das sind Lehrwerkstätten in dem Maßstab, wie der Herr Minister sie erwähnt hat. Ich wünsche nur, daß wir baldigst dazu kommen, solche Lehrwerkstätten zu erhalten, um Leute ausbilden zu können, die, wenn sie ausgelernt haben, nicht als Handlanger zu gehen brauchen, sondern sagen können: Die Grundlage meines Berufs habe ich erlernt und trotz Arbeitsteilung kann ich in der Industrie meine Nahrung finden. Bei solcher Ausbildung der Gesellen wird auch das Handwerk dann umso eher seine Rechnung finden, weil ein Handwerksmeister von heute umso besser existieren kann, je eher er wirklich Gesellen findet, die etwas gelernt haben, was der größte Teil der Gesellen heute nicht mehr kann, weil die Meister selber infolge der vollständigen Verschiebung des Arbeitsgebietes ihren Lehrlingen gar keine handwerksmäßige Ausbildung mehr geben können. Deshalb lehnen wir als Freunde der Lehrwerkstätte, ausgerechnet als Förderer derselben, diesen Antrag ab; er ist nur geeignet, den Gedanken zu schädigen und zu zerschlagen.

Abg. Dr. **Engler** (Sozdem.):

Nach den Ausführungen, die bis jetzt gemacht worden sind, kann ich mich sehr kurz fassen.

Ich möchte von vornherein darauf hinweisen, daß wir in der Ausbildung der Berufsarbeiter an einem Widerspruch leiden, der sich in der Wirtschaft geltend macht: Das Handwerk hat für seine Arbeiter andere Bedürfnisse als die Industrie, und unser ganzes Lehrlingsausbildungswesen ist immer noch darauf zugeschnitten, daß der Lehrling später ein Handwerksmeister werden soll, während die Statistik, die vor einigen Jahren die Gewerbeschulen erhoben haben, ergeben hat, daß von denen, die durch Gewerbeschulen gegangen sind, nur 8 Prozent selbständig geworden sind. 92 Prozent sind also in der Gewerbeschule mit Dingen geplagt worden, die sie in ihrem Leben nicht brauchten, während sie für die Dinge, die sie gebraucht hätten, nicht ausgebildet waren. Diesen Widerspruch werden wir nicht so rasch beseitigen, vor allem auch deshalb nicht, weil ein großer Teil der Lehrlingsausbildung eben dem Handwerksmeister bleibt, auch bei denjenigen Arbeitern, die später in den großindustriellen Betrieben beschäftigt werden.

Einige Großbetriebe sind allerdings schon dazu übergegangen, Lehrwerkstätten einzurichten, man hat auch schon andere Versuche gemacht, und es ist ganz interessant, zu verfolgen, wie die Ergebnisse bis jetzt waren. Man hat sich z. B. in Hellerau in einer Lehrwerkstätte auf den Standpunkt gestellt, es sei zweckmäßiger, den Lehrling in der ersten Zeit einfach zu beschäftigen, ihn irgend etwas anfertigen zu lassen, was letzten Endes wertlos ist: er hat ein Stück Eisen gedreht oder ein Stück Holz ausgehobelt und hat so lange daran gehobelt oder gedreht, bis nichts mehr daran war (Heiterkeit). Er hat damit eben Handfertigkeit erlernt; aber er lernte nicht produktiv arbeiten. Es hat sich auch gezeigt, daß es auf den Geist des Lehrlings außerordentlich nachteilig wirkt, wenn er das Gefühl hat: es kommt ja eigentlich gar nicht darauf an, was und wie du arbeitest, es ist ja nur, daß du ein bißchen Handbewegung lernst. Man ist deshalb auch in den industriellen Lehrwerkstätten von diesem Prinzip abgekommen und versucht die Lehrlinge von vornherein so in den Bildungsgang einzustellen, daß sie auch produktive, nutzbringende Arbeit leisten.

Und da kommen wir nun auf das Wesen der staatlichen Lehrwerkstätten — denn etwas anderes käme, wenn man den Weg, den der Antrag bedeutet, gehen wollte, nicht zustande. Sie wissen, was der Staat schon für Schwierigkeiten hat mit seiner Gefängnisarbeit: er soll die Gefangenen beschäftigen, aber er soll ja nicht etwas aus dem Zuchthaus beziehen, denn das macht ja den Handwerkern Konkurrenz! Nun stellen Sie sich vor: Wenn wir eine große Zahl von Lehrwerkstätten hätten, dann würde der Staat vor die Frage gestellt, ob er das, was dort gearbeitet wird, nutzlos auf den Haufen werfen will oder ob da nicht eine gewichtige Konkurrenz für das Handwerk entsteht. Ich glaube, das ist auch bei manchem Handwerker ein — ich sage ausdrücklich: berechtigter — Hintergedanke, der seine Haltung in dieser Frage bestimmt.

Man kann auf dem Standpunkt stehen, daß Lehrwerkstätten nützlich sind, aber diese Art von Lehrwerkstätten, wie sie hier angedeutet wird: daß ein Lehrling einfach ein Jahr irgendwo hingeschickt wird, ohne die Gewißheit zu haben, daß er, wenn das Jahr herum ist, irgendwo anders eine Weiterbildung erfahren kann — das muß man nach den Erfahrungen mit den Handelsvorschulen mit aller Entschiedenheit ablehnen (Sehr richtig!). Wenn wir im Handelsgewerbe ein so großes Überangebot an jungen Kräften haben, so ist das mit auf die Handelsvorschulen zurückzuführen. Da haben viele Leute eben die Gelegenheit, ihre Söhne oder ihre Töchter ein Jahr hineinzuschicken. Im Handel machen sich die Arbeitgeber die Sache in der Weise zunutze, daß sie sagen: wir nehmen keinen Lehrling mehr an, der nicht ein Jahr auf der Handelsvorschule war — dann brauchen die jungen Leute nämlich während der Lehrzeit nicht mehr die Handelsschule zu besuchen. Das ist aber ein ganz falscher Bildungsgang. Was lernt denn das Mädchen oder der junge Bursche, während er die Handelsvorschule besucht? Es werden ihm wohl theoretisch die Buchungsbegriffe beigebracht, aber er hat doch von all dem keine Ahnung, wie man es in der Praxis anwendet. Wenn er zuerst zwei Jahre in der Praxis wäre und dann irgendwohin in eine solche Schule käme, dann wäre es etwas anderes (Sehr richtig!). Ich befürchte, daß, wenn wir so eine Vorschule für Lehrlinge hätten — also für „Lehrlingsstudenten", wie der Herr Kollege **Goerlacher** richtig gesagt hat —, daß das äußerst nachteilig wäre; die würden dann wahrscheinlich, so wie auf den technischen Mittelschulen, auch mit Couleurbändern, -Mützen, Schlägern usw. herumziehen (Heiterkeit), statt sich mit Fleiß ihrer eigentlichen Aufgabe hinzugeben. Es wäre ja ganz nett, wenn sich dann die Lehrlinge der einzelnen Berufe um ihre Farben streiten und sich schließlich natürlich auch noch schlagen würden! Vielleicht würde

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dann der Antrag, den wir letzthin angenommen haben, eine Ablehnung erfahren infolge allzu starken Widerstandes, der aus diesen Kreisen käme! (Heiterkeit).

Also ich sage, wir lehnen den Antrag ab, weil wir eine solche Vorschule nicht wollen, sondern der Meinung sind, daß unter den gegebenen Verhältnissen das, was beim Meister gelernt werden kann, immer noch das beste ist.

Ich kann der Verallgemeinerung über die schlechte Ausbildung der Lehrlinge, wie sie der Herr Abg. Bock ausgesprochen hat, nicht zustimmen (Sehr richtig! rechts). Ich weiß, und zwar aus eigener Beobachtung bei Lehrlingsprüfungen, bei denen ich dabei war, daß doch heute unter dem Einfluß der Handwerkerkammern und dem Einfluß der staatlichen Prüfungen usw. mehr geleistet wird, als früher zu unserer Zeit geleistet wurde (Sehr wahr! rechts).

Der Herr Abg. Lang hat dann eine Statistik vorgetragen, wie sich die Lehrlinge hier verteilen, und er hat bemängelt, daß sich keine Lehrlinge für das Maurergewerbe gefunden haben. Wenn Sie zurückgehen in die Vorkriegszeit, dann werden Sie finden, daß aus der Stadt auch damals nur ganz selten Maurerlehrlinge hervorgegangen sind (Abg. Lang: Ich behaupte nicht, daß sie von dorther kommen!); und wenn in den letzten Jahren das Zimmermannsgewerbe und das Maurergewerbe einen Mangel an Lehrlingen hatten, dann ist der Umstand daran schuld, daß die Handwerkskammern glaubten, sie könnten dort die gleiche Schablone anwenden wie beim Schreiner-, Schlosser- oder Glasergewerbe. Maurer und Zimmermann hat man zu allen Zeiten nur deswegen gelernt, weil man zu arm war, ein anderes Handwerk zu lernen; die Maurer- und Zimmerlehrlinge haben immer etwas verdient. Ich hätte seinerzeit auch lieber Schreiner gelernt als Zimmermann; da aber niemand da war, der für mich in den Lehrjahren sorgte, habe ich ein Handwerk lernen müssen, bei dem ich von vornherein etwas verdienen konnte. Wenn man in Betracht zieht, daß früher einem Lehrling Kost und Wohnung und noch etwas Lohn gegeben wurde bei dreijähriger Lehrzeit, während heute Maurermeister und Zimmermeister glauben, den Lehrling im dritten Jahre noch mit einem Lohn heimschicken zu können, mit dem er noch nicht einmal sein Mittagessen bestreiten kann, dann brauchen sich diese Meister nicht zu wundern, wenn sie keine Maurer- und Zimmerlehrlinge mehr bekommen (Abg. Lang: Aber nicht bei allen ist das der Fall!). Nun ich lege die Löhne zugrunde, die von der Handwerkskammer und von den Arbeitgeberorganisationen festgesetzt sind.

Wenn man in Betracht zieht, daß gerade in diesen Berufen die Lehrlinge für den Arbeitgeber schon nach ganz kurzer Zeit eine ganz nennenswerte Arbeitsleistung vollbringen, dann darf ein anderer Lohn bezahlt werden, und dann werden die Maurer und Zimmerleute, die dann in die Stadt kommen, wieder ihre Söhne mitbringen und werden sie selbst wieder herschulen. Das war nämlich immer die beste Lehre, wenn man beim eigenen Vater in der Lehre gestanden hat. Dann war die Zucht da und man hat etwas gelernt.

Der Herr Abg. Föhr hat dann die Sache so dargestellt, als wären diejenigen, die gegen diese Lehrwerkstätte sind, unsozial in dem Sinne, daß es ihnen gleichgültig sei, ob die jungen Leute auf der Straße sitzen, oder ob sie sonst irgendwo untergebracht sind. Herr Abg. Föhr, wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir in diesen Dingen so sozial denken wie andere; aber an der Arbeitslosigkeit der Jugend wird auch durch eine einzelne Lehrwerkstätte nur ein klein bißchen geändert. Aber auch das kleine bißchen könnte man begrüßen, wenn es wirklich eine Bedeutung hätte und nicht auf der anderen Seite Schaden anrichten würde (Zuruf: Sehr richtig!). Man darf diese Sache, wie auch der Herr Berichterstatter gesagt hat, nicht als Notstandsmaßnahme begründen, sondern muß sich darüber klar sein, daß, wenn man Lehrlingswerkstätten einrichten will unter ausdrücklicher Förderung und Leitung der staatlichen Behörden, daß man dann nicht in Konstanz anfangen darf, dann ist Konstanz noch nicht der erste Ort, der dafür in Betracht kommt. Da kämen andere Orte noch viel mehr in Betracht.

Über das Lehrlingsheim in Konstanz kann ich nichts sagen. Ich will nur feststellen, der Abg. Großhans hat erklärt, der Syndikus, Herr Dr. Herfurth in Konstanz, hätte ihm gesagt, daß er das Lehrlingsheim nicht als eine ideale Einrichtung betrachte. Das kann sehr verschieden gemeint gewesen sein. Mehr ist nicht gesagt worden. Also es liegt gar kein Anlaß vor, sich über diese Frage aufzuregen. Es wird wohl für die allgemeinen Dinge zutreffen, daß sie nicht ganz ideal sind.

Dann hat der Herr Abg. Föhr die Richtigkeit der Ausführungen, die der Herr Kollege Großhans gestern im Ausschuß und heute hier gemacht hat, insofern in Zweifel gezogen, als Großhans sich auf den Vertreter der Handwerkskammer in Konstanz berufen hat. Ich kann schon sagen, daß ich einen derartigen Angriff auf einen Berichterstatter bis dahin noch nicht gehört habe (Zurufe: Sehr richtig! und Oho!). In der Weise nicht. Auch der Herr Abg. Föhr wird sich schließlich damit abfinden müssen, daß einmal ein Antrag von ihm abgelehnt wird, und daß jemand dagegen stimmt, und daß man aus dieser Ablehnung nicht das Recht ableiten darf, auf diese Art gegen einen Berichterstatter vorzugehen, wie er es getan hat. Auch der Brief, den Sie verlesen haben, entkräftet das, was der Kollege Großhans gesagt hat, in gar keiner Weise (Zuruf: Sehr richtig!). Da hat man so den Eindruck, daß der Herr Herfurth und einige Herren von der Handwerkskammer in Konstanz das unangenehme Gefühl gehabt haben, wir befinden uns in Widerspruch mit einem unserer Parteifreunde im Landtag, und hat sich nachträglich bereit erklärt, die Sache zu prüfen. Mehr steht nicht in dem Brief. Ich glaube, wenn die Handwerkskammer Konstanz wirklich positiv vor die Frage gestellt würde, ob sie die Lehrwerkstätte einrichten will oder nicht, dann würde sie genau so antworten, wie sie letztes Jahr geantwortet hat. Und diese Antwort halte ich gar nicht für uneben, die ist ganz richtig. In dieser Antwort sind die Gründe, die gegen eine solche Einrichtung sprechen, ganz richtig zusammengefaßt. Also der Brief ist kein Beweis gegen die Ausführungen des Herrn Großhans, sondern ein Beweis von Solidarität innerhalb Ihrer Partei und vielleicht ist der Abg. Großhans, wenn er dort droben wieder einmal etwas zu verhandeln hat, etwas vorsichtiger, und macht sich gleich ein paar schriftliche Notizen (Zuruf: Aha! und Heiterkeit).

Also wir können unsere Stellung nicht ändern, und wenn der Antrag so harmlos ist, wie ihn der Herr Abg. Föhr hingestellt hat, dann ist es auch kein Schaden, wenn er abgelehnt wird. Aber gerade die Beharrlichkeit, mit der er verfochten wird, zeigt uns, daß doch etwas mehr dahintersteckt, als man zugeben will, und deswegen sagen wir, wir wollen uns da vor dem Anfang hüten und lehnen diesen Antrag ab, um nicht die Lehrlingsausbildung in falsche Bahnen zu lenken (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Hofheinz** (Dem. P.):

Wir sind jederzeit gerne bereit, mitzuarbeiten, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen zu treffen oder auszubauen, die den Nachwuchs für das Handwerk in seiner Ausbildung wert-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

voller gestalten sollen. Wir können aber in dem bestehenden Antrag eine derartige Voraussetzung nicht sehen, im Gegenteil hat der Herr Antragsteller selbst in seiner Begründung ausdrücklich gesagt, daß es sich in erster Linie um eine Notstandsmaßnahme sozialer Art handle. Wir anerkennen, daß auch dieser Zweck an sich gesehen vorübergehend seine Berechtigung haben mag. Der Zweck soll aber hier in einer Form verfolgt werden, die tatsächlich eine Vorwegnahme der Neuregelung des Lehrlingswesens bzw. der Lehrlingsausbildung, darstellt, und dagegen haben wir die allergrößten Bedenken. Nicht nur deshalb, weil im Handwerk selbst noch keine Einigung in der Frage besteht, sondern weil tatsächlich über die zukünftige Ausbildung der Lehrlinge sowohl in der Richtung gesehen, wie es der Herr Abg. Dr. Engler dargestellt hat, als auch in dem Nebeneinander der Möglichkeiten doch noch allerlei vorher zu klären ist.

Ich möchte auf eines, was heute noch nicht erwähnt wurde und was über Lehrlingswerkstätten zu sagen ist, noch hinweisen. Es ist seit Jahren in allen großen Gewerbeschulen immer stärker das Verlangen aufgetreten, in diesen dem theoretischen Unterricht dienenden Anstalten gleichzeitig Lehrwerkstätten einzurichten, und keine große Anstalt wird es sich in der Zukunft nehmen lassen dürfen, die theoretische und praktische Ausbildung, die sie nach dem Zweck der Schule naturgemäß zu verfolgen haben, stärker als bisher zu verbinden. Das sind aber ganz andere Zwecke, als wie sie das Handwerk selbst, die handwerkliche Ausbildung in der Werkstätte zu erfüllen hat. Und nun, wenn Sie neben den Lehrwerkstätten in der Gewerbeschule oder in der Fachschule noch einmal Lehrwerkstätten spezifischer Art anbauen, die zudem auch vom Staat, mindestens von den öffentlichrechtlichen Korporationen getragen sein müßten, dann gebe das allerdings ein Gegen- und Nebeneinander, das dem ganzen Ausbildungswesen sehr von Nachteil sein müßte. Vielleicht ist auf einem anderen Wege dem sozialen Charakter des Antrags zu entsprechen. Die Verquickung mit der Lehrlingsausbildung wünscht man nach uns gewordenen Auskünften in Kreisen des Handwerks nicht. Im übrigen liegt auch in der spezifischen Auswahl eines einzelnen Gewerbes bei der Berücksichtigung für alle anderen doch immerhin eine gewisse Benachteiligung, wenn nicht gar Ungerechtigkeit. Auch diese Seite muß gesehen werden, wenn man bewerten will, wie ein solche Einrichtung wirkt.

Wir glauben also dem Antrag aus guten Gründen unsere Zustimmung versagen zu müssen und hoffen, daß in absehbarer Zeit von den maßgebenden Regierungsstellen aus im Benehmen mit dem Handwerk für die grundsätzliche Neuordnung des Lehrlingswesens bzw. der Lehrlingsausbildung Vorschläge gemacht werden können.

Abg. **Amann** (Zentr.):

Ich glaube, daß die Aussprache und die Berichterstattung auf einem gewissen Mißverständnis beruhen in bezug auf die Auffassung, ob das Lehrlingsheim in Konstanz eine ideale Lösung sei. Ich weiß, daß die Herren, die das Lehrlingsheim geschaffen haben, seit Jahr und Tag bemüht sind, ein neues Heim zu bauen, weil das alte Haus ein Haus ist, das eine gewisse historische Vergangenheit hat, also alt ist und nicht den modernen Anforderungen entspricht für die Lehrlinge, wie die Schöpfer des Lehrlingsheims es wünschen möchten. Das ist verwechselt worden, sie möchten in freier Lage ein neues Heim bauen, wo Garten und Hof vorhanden ist und die jungen Leute sich entsprechend bewegen können. Der Gedanke, eine Lehrlingswerkstätte in Konstanz zu errichten, kommt daher, weil vor einiger Zeit die Eisenbahnwerkstätte in Konstanz aufgehoben wurde, die eine eigene Lehrlingswerkstätte hatte und die Eltern gezwungen gewesen wären, ihre Söhne nach auswärts zu geben. Damals hatte der ehemalige Kollege Dr. Herfurth sich für die Schaffung einer Lehrlingswerkstätte eingesetzt, so gut wie in Haltingen und Leopoldshöhe, wo ich weiß, daß verschiedene Leute in Freiburg sich bemüht haben, eine ähnliche Einrichtung zu schaffen, weil sie nicht in der Lage gewesen sind, genügend Lehrstellen zu bekommen. Aus diesem Gedanken heraus ist der Kollege Dr. Herfurth auch diesem Gedanken nahe getreten. Wenn aber heute die Auffassung eine andere sein sollte, bezweifle ich, daß im Gesamtvorstand der Handwerkskammer Konstanz diese Auffassung Platz gegriffen hat.

Abg. **Goerlacher** (Zentr.):

Es könnte zu Mißverständnissen führen, wenn den verschiedenen Äußerungen, die hier gefallen sind, nicht widersprochen würde. Herr Kollege Amann hat bereits die Bemerkung des Syndikus, daß dieses Lehrlingsheim kein ideales wäre, richtig gestellt. So ist es doch nur aufzufassen. Herr Dr. Herfurth wollte nur sagen, daß es ein altes Haus ist und ein Provisorium und nur deshalb kein Ideal, ein Neubau wäre allerdings besser, wenn die Handwerkskammer in der Lage wäre, einen solchen zu erstellen.

Nun möchte ich mich mit einem Satze zum Herrn Kollegen Dr. Engler wenden. Herr Kollege Dr. Engler, das stimmt, es ist richtig, was Sie gesagt haben, daß gewisse Berufsgruppen sich aus verschiedenen oder aus gewissen Gegenden rekrutieren, so die Weißputzer; Weißputzerlehrlinge sind in den Städten namentlich im Unterland selten zu finden — aber das stimmt nicht, daß es auf die Entlohnung ankommt beim Meister, daß die bestimmend ist bei der Berufswahl (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Ich habe von den Maurern und Zimmerleuten gesprochen!). Gerade diese Berufe, Maurer und Weißputzer haben ihre Lehrlinge schon lange, und gut entlohnt und haben trotzdem Mangel an Lehrlingen (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Habe ich gesagt!). Sie haben gesagt, deshalb wenden sich keine Lehrbuben dem oder jenem Berufe zu, weil sie schlecht bezahlt werden. (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Weil der Lohn zu gering ist, ich habe ausdrücklich gesagt, früher hat man Kost und Wohnung gehabt, jetzt kriegt einer nicht einmal so viel, daß er sich ein Mittagessen kaufen kann!) Über dieses Kapitel ließe sich vieles reden, man darf im Lehrling nicht immer nur das Ausbeutungsobjekt des Meisters sehen, man muß auch die Kehrseite betrachten. Eine Zunahme im Maurerberuf ist zu verzeichnen, weil die italienischen Maurer uns fehlen (Zuruf: Sie kommen aber wieder!). Viele Burschen vom Lande haben sich erfreulicherweise diesem Berufe zugewendet.

Und nun ein Wort gegen den Herrn Abg. Bock. Herr Abg. Bock, Sie haben schwere Anschuldigungen erhoben gegen die Handwerksmeister. Ich kenne nur vereinzelte Betriebe, wo die Lehrbuben wegen der fortgeschrittenen Technik nicht die notwendige Ausbildung erreichen. Die Regel wird immer noch sein, daß die Lehrlinge beim Handwerksmeister, wie der Herr Kollege Lang ganz richtig gesagt hat, die richtige Ausbildung bekommen. Darüber ist kein Zweifel (Zuruf des Abg. Bock: Die arbeiten gar nicht mehr, die Handwerksmeister!). Sie sagen, daß eine Überproduktion an Schlossern da ist, das stimmt insofern, weil jeder Maschinenarbeiter, der ein Jahr in einer Maschinenfabrik gearbeitet, sich Schlosser oder Mechaniker nennt. Dann, Herr Kollege Bock, wenn Sie sagen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

gäbe keine Lehrlinge mehr, die genügend herangebildet seien, weil die Meister selbst nicht mehr die nötige Ausbildung haben, um brauchbare Menschen zu erziehen, da möchte ich Ihnen empfehlen, machen Sie mehr Studien in katholischen Gesellenvereinen, dort treffen Sie noch ordentliche Gesellen an, die ihr Handwerk richtig auffassen und etwas richtiges gelernt haben; die Lehrlingsarbeiten und Gesellenprüfungen sind der beste Beweis dafür, wie ungerechtfertigt die Behauptungen des Herrn Kollegen Bock sind, von ungefähr kommen diese Leistungen nicht. Die Handwerkskammern haben sich nach dieser Richtung außerordentlich verdient gemacht. Sie sehen am Gesellenstück die Fortschritte, die im Laufe der Jahre gemacht worden sind.

Das Schlußwort zu seinem Antrag erhält

Abg. Dr. Föhr (Zentr.):

Eines möchte ich dem Herrn Kollegen Glaser noch sagen (Heiterkeit). Man darf den Beruf des Abgeordneten nicht mit der Abgeordnetentätigkeit verquicken. Ich bitte um Entschuldigung (Zuruf des Abg. Lang: Es ist ein ehrlicher Beruf!). Ich möchte dem Herrn Kollegen Lang das eine sagen, daß der Antrag wirklich nicht gegen die Meisterlehre gerichtet sein will, wirklich nicht, ich kann Sie versichern, daß diese Absicht nicht zugrunde liegt. Ich spreche es hier offen aus, daß ich in keiner Weise einen Vorstoß machen möchte gegen die Meisterlehre. Ich betone noch einmal, daß es die Auswirkung eines Bedürfnisses ist, weil so viele Eltern ihre Kinder in einer Lehre unterbringen wollten und die Möglichkeit sich nicht bietet.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf die Kostenfrage nach den Ausführungen des Herrn Ministers. Ich bin der letzte, der den Herrn Minister veranlassen möchte, große Kosten zu verursachen. Mein Antrag kostet keinen Pfennig. Es soll lediglich eine Prüfung erfolgen. Wenn dieselbe zu einem positiven Resultate führt, wird Gelegenheit sein zu prüfen, ob die Ausführung die Kosten wert ist, und ob wir in der Lage sind, die Kosten aufzubringen oder nicht. Im übrigen will ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß man im Etat überall auf den Sparsamkeitsgesichtspunkt acht hat, im ganzen Etat, so wie gegenüber diesem Antrag. Ich werde mich außerordentlich freuen, wenn der Etat den Nachweis erbringt, daß überall dieselbe Sparsamkeit gewaltet hat.

Das Schlußwort zu dem Haushaltsausschußantrag erhält

Berichterstatter Abg. Großhans (Sozdem.):

Ich möchte zu dem, was der Herr Abg. Dr. Föhr ausgeführt hat, einige Worte sagen. Die Meinung, daß das Lehrlingsheim in Konstanz keine ideale Lösung sei, stammt nicht von mir, sondern sie stammt, ich darf das wohl sagen, von Herrn Dr. Herfurth. Ich gebe sie hier wieder, weil mich Herr Dr. Herfurth in der Frage informiert hat. Ich stelle fest, daß wenn gerade dem Herrn Dr. Herfurth an dem Antrage Föhr etwas gelegen wäre, er ja dann umsoeher Gelegenheit hätte nehmen müssen, mir das notwendige Material einzuhändigen und damit zu ereichen, daß dem Antrag des Herrn Abg. Dr. Föhr stattgegeben worden wäre.

Ich stelle hier fest, daß mir der Herr Dr. Herfurth ein solches nicht gegeben hat und daß er in keiner Weise — auch nicht mit einem einzigen Worte! — mir gegenüber dem Gedanken Ausdruck verliehen hat, daß er sich etwa auf dem Boden des Antrags des Herrn Abg. Dr. Föhr bewege.

Ich habe dem Bericht, den ich eben erstattet habe, nichts hinzuzufügen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses

„Der Landtag wolle dem genannten Antrage der Abg. Dr. Föhr u. Gen. seine Zustimmung erteilen",

mit 31 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Sitzung hier abgebrochen und die nächste Sitzung auf Freitag den 19. Febr. 1926, vorm. 9 Uhr, anberaumt.

Der Präsident schließt die Sitzung gegen 7½ Uhr.

Inhaltsverzeichnis nebenstehend

Inhaltsverzeichnis:

Seite

Anzeige neuer Eingänge:
Präsident Dr. Baumgartner 993/95

Beratung über die Anträge der Abg. Scheel und Gen., Beschaffung langfristiger Kredite für Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft
Abg. Klaiber 995
„ Sack 997
„ Maier-Heidelberg 1000
„ Goerlacher 1004
„ Hermann 1008
Schlußwort:
Abg. Scheel 1010
Abstimmung: 1012

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über das Gesuch des A. Pallmer u. a. in Karlsruhe und der Gemeinden Büchig, Blankenloch u. a. um Zuschuß für die von Pallmer u. a. eingerichtete Kraftfahrlinie Karlsruhe-Spöck
Berichterstatter Abg. Seubert 1013
Abstimmung: 1014

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Kühn und Gen., Bewilligung von Erstkommunion- und Konfirmationsbeihilfen an Kriegerwaisen usw. (Drucks. Nr. 57)
Berichterstatter Abg. Hofheinz 1014
Abstimmung: 1016
Begründung:
Abg. Kühn 1017
„ Bock 1021
Abstimmung: 1022

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Brixner und Gen., Nutz- und Brennholzverkauf aus Staatswaldungen (Drucks. Nr. 42)
Berichterstatter Abg. Seubert 1023
Abstimmung: 1025

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Föhr und Gen., Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkskammer in Konstanz
Berichterstatter Abg. Großhans 1025
Begründung:
Abg. Dr. Föhr 1028
Minister Remmele 1031
Abg. Goerlacher 1032, 1042
„ Lang 1033
„ Bock 1034
„ Dr. Engler 1037
„ Hofheinz 1040
„ Amann 1041
Schlußworte:
Abg. Dr. Föhr 1043
„ Großhans 1044
Abstimmungen: 1044

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.